


24. Sitzung, Montag, 23. November 2015, 8.15 Uhr

 Vorsitz: *Theresia Weber (SVP, Uetikon a. S.)*
Verhandlungsgegenstände
1. Mitteilungen

- Antworten auf Anfragen Seite 1495
- Ratsprotokoll zur Einsichtnahme Seite 1495

**2. Wahl eines Mitglieds der Kommission für
Wirtschaft und Abgaben**

 für die aus der Kommission ausgetretene Regine
Sauter, Zürich

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

KR-Nr. 290/2015 Seite 1496

**3. Wahl eines Ersatzmitglieds des
Baurekursgerichts**

 für den zum Mitglied gewählten Jürg Trachsel,
Richterswil

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

KR-Nr. 291/2015 Seite 1496

**4. Fristerstreckung für die Berichterstattung und
Antragstellung zur Motion KR-Nr. 217/2012
betreffend Sozialversicherungsbeiträge auf Sit-
zungsgelder**

 Antrag der Geschäftsleitung vom 29. Oktober 2015
und gleichlautender Antrag der Geschäftsprüfungs-
kommission vom 19. November 2015

KR-Nr. 217a/2012 Seite 1497

5. Bauprogramm der Staatsstrassen für die Jahre 2016–2018

Antrag des Regierungsrates vom 23. September 2015 und gleichlautender Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 27. Oktober 2015

Vorlage 5231..... *Seite 1499*

6. Tote Bahnhöfe im Rafzerfeld – Gerechtigkeit im ZVV

Antrag des Regierungsrates vom 10. Dezember 2014 zum Postulat KR-Nr. 270/2009 und gleichlautender Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 25. August 2015

Vorlage 5151..... *Seite 1521*

9. Bewilligung von Beiträgen an die Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing von 2016 bis 2019

(Ausgabenbremse)

Antrag des Regierungsrates vom 15. April 2015 und geänderter Antrag der Kommission für Wirtschaft und Abgaben vom 20. Oktober 2015

Vorlage 5182a..... *Seite 1529*

Verschiedenes

– Nachruf *Seite 1519*

– Fraktions- oder persönliche Erklärungen

– Fraktionserklärung der SP zum Urteil des Bundesgerichts zum Seeuferweg..... *Seite 1519*

– Fraktionserklärung der FDP über bürokratische Hürden bei der Unterbringung der Asylsuchenden *Seite 1520*

– Rücktrittserklärungen

– Gesuche um Rücktritt aus der Geschäftsprüfungskommission von Elisabeth Pflugshaupt, Gossau, und Sibylle Marti, Zürich *Seite 1547*

- Rücktritt aus dem Kantonsrat von Angelo Bar-
rile, Zürich, Mattea Meyer, Winterthur, Regi-
ne Sauter, Zürich, Priska Seiler Graf, Kloten,
Barbara Steinemann, Regensdorf, Mauro Tue-
na, Zürich, Hans-Ueli Vogt, Zürich, Claudio
Zanetti, Gossau, und Bruno Walliser, Vol-
ketswil Seite 1547
- Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse Seite 1557

Geschäftsordnung

Ratspräsidentin Theresia Weber: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

1. Mitteilungen

Antworten auf Anfragen

Ratspräsidentin Theresia Weber: Der Regierungsrat hat uns die Antworten auf fünf Anfragen zugestellt:

- KR-Nr. 205/2015, Verhinderung von Besetzungen und Gleichbehandlung von Veranstaltern
Hans Jakob Boesch (FDP, Zürich)
- KR-Nr. 219/2015, Abgrenzung von universitärer Spitzenmedizin im Spitalmarkt
Cyrill von Planta (GLP, Zürich)
- KR-Nr. 226/2015, Ansiedlung von Start-up-Unternehmen
Beat Habegger (FDP, Zürich)
- KR-Nr. 227/2015, Internetfahndung
Markus Bischoff (AL, Zürich)
- KR-Nr. 267/2015, Neue Aufgaben für die Kantonspolizei
Urs Waser (SVP, Langnau a. A)

Ratsprotokoll zur Einsichtnahme

Auf der Webseite des Kantonsrates ist ab heute Nachmittag einsehbar:

- Protokoll der 23. Sitzung vom 16. November 2015, 8.15 Uhr

2. Wahl eines Mitglieds der Kommission für Wirtschaft und Abgaben

für die aus der Kommission ausgetretene Regine Sauter, Zürich

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

KR-Nr. 290/2015

Esther Guyer (Grüne, Zürich), Referentin der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Die Interfraktionelle Konferenz schlägt Ihnen zur Wahl vor:

Hans-Jakob Boesch (FDP, Zürich).

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wird der Vorschlag vermehrt? Das ist nicht der Fall. Diese Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird geheime Wahl beantragt? Das ist ebenfalls nicht der Fall.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, erkläre ich, gestützt auf Paragraph 43 litera a des Geschäftsreglements, Hans-Jakob Boesch als Mitglied der Kommission für Wirtschaft und Abgaben gewählt. Ich gratuliere ihm zur Wahl und wünsche ihm Erfolg und Befriedigung im Amt.

Das Geschäft ist erledigt.

3. Wahl eines Ersatzmitglieds des Baurekursgerichts

für den zum Mitglied gewählten Jürg Trachsel, Richterswil

Antrag der Interfraktionellen Konferenz

KR-Nr. 291/2015

Esther Guyer (Grüne, Zürich), Referentin der Interfraktionellen Konferenz (IFK): Es kam kein gemeinsamer Vorschlag der Interfraktionellen Konferenz zustande.

Thomas Vogel (FDP, Illnau-Effretikon): Die FDP-Fraktion schlägt Ihnen Antoine Berger, Kilchberg, vor.

Gabi Petri (Grüne, Zürich): Sie erlauben mir ein paar Worte zur anstehenden Richterwahl. Wir bekommen heute von der FDP einen

Kandidaten vorgeschlagen, der gemäss Geschäftsreglement des Kantonsrates als fachlich nicht geeignet gilt. Das ist mehr als bedenklich. Richterwahlen sollten nicht nur für den Staat und die Gesellschaft von grosser Bedeutung sein, sondern auch für die FDP. Es ist nicht nachvollziehbar, warum uns die FDP nicht einen ihrer fachlich geeigneten Kandidaten vorschlägt.

Zweite Rüge: Ich erachte es als nicht statthaft, ja, als nicht zulässig, dass der juristische Kanzleichef des Baurekursgerichts ein Empfehlungsschreiben für den Kandidaten Berger verfasst und an den Kantonsrat schicken lässt. Dieses Vorgehen dient in keiner Weise dem Ansehen der Justiz.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Es ist vorgeschlagen:

Antoine Berger (FDP, Kilchberg).

Diese Wahl kann offen durchgeführt werden oder wird geheime Wahl beantragt? Das ist nicht der Fall.

Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt, erkläre ich, gestützt auf Paragraph 43 litera a des Geschäftsreglements, Antoine Berger als Ersatzmitglied des Baurekursgerichts gewählt. Ich gratuliere ihm zur Wahl und wünsche ihm Erfolg und Befriedigung im Amt.

Das Geschäft ist erledigt.

4. Fristerstreckung für die Berichterstattung und Antragstellung zur Motion KR-Nr. 217/2012 betreffend Sozialversicherungsbeiträge auf Sitzungsgelder

Antrag der Geschäftsleitung vom 29. Oktober 2015 und gleichlautender Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 19. November 2015

KR-Nr. 217a/2012

Daniel Hodel (GLP, Zürich), Präsident der Geschäftsprüfungskommission (GPK): Beim vorliegenden Geschäft handelt es sich für einmal nicht um ein Fristerstreckungsgesuch seitens der Regierung, sondern um einen Antrag der Geschäftsleitung des Kantonsrates. Inhaltlich geht es darum, dass die Geschäftsleitung eine Vorlage ausarbeiten

soll, welche die Entschädigung für Ratsmitglieder dahingehend ändern soll, dass eben diese Entschädigung bei den Sozialversicherungen AHV und Zweite Säule (*Berufliche Vorsorge*) gleichermassen und entsprechend der privaten beruflichen Tätigkeit der Ratsmitglieder versichert sind. Das Fristerstreckungsgesuch wurde der Geschäftsprüfungskommission zur Prüfung vorgelegt. Seitens der GPK wird empfohlen, dem Gesuch stattzugeben.

Es könnte aber durchaus sein, dass die Erstreckung um ein Jahr nicht ausreichen wird, da für die Ausarbeitung einer gesetzlichen Lösung ein Entscheid des Sozialversicherungsgerichts abgewartet werden muss. Zeichnet sich dies ab, dann wird die Geschäftsleitung wohl nicht darum herumkommen, eine Vorlage auszuarbeiten, welche dann als erledigt abgeschrieben werden kann, um danach sogleich wieder eine neue Motion mit neuer Frist einzureichen. Es scheint aber, dass man sich das Problem, das sich heute stellt, selber eingehandelt hat. Die Motion blieb wohl zu lange liegen und es wurde mit zu wenig Nachdruck vorwärts gemacht. Offensichtlich wurden erste Abklärungen getroffen, jedoch konnte keine Lösung erzielt werden. Das führt dazu, dass die Kantonsratsmitglieder, die Interesse an einer raschen Klärung hatten, sich veranlasst fühlten, den Rechtsweg zu beschreiten. Auch das hilft natürlich nicht, eine rasche Lösung zu finden. Denn nun müssen die Urteile der Gerichte abgewartet werden. Sollte dem Gesuch nicht zugestimmt werden, würde die Motion vermutlich der STGK (*Kommission für Staat und Gemeinden*) überwiesen werden und diese müsste Bericht und Antrag stellen. Sie würde aber selbstverständlich vor der gleichen Problematik stehen wie die Geschäftsleitung. Im Grunde bleibt nichts anderes übrig, als das Gesuch gutzuheissen.

Die GPK hat an ihrer letzten Sitzung einstimmig beschlossen, dem Fristerstreckungsgesuch zu dieser Motion zuzustimmen und der Kommission entsprechend Antrag zu stellen. Besten Dank.

Eintreten

ist beschlossen, nachdem kein anderer Antrag gestellt worden ist.

Detailberatung

Titel und Ingress

I.–III.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 160 : 0 Stimmen (bei 1 Enthaltung), die Fristerstreckung um ein Jahr für die Berichterstattung und Antragstellung zur Motion 217/2012 zu genehmigen.

Das Geschäft ist erledigt.

5. Bauprogramm der Staatsstrassen für die Jahre 2016–2018

Antrag des Regierungsrates vom 23. September 2015 und gleichlautender Antrag der Kommission für Planung und Bau vom 27. Oktober 2015

Vorlage 5231

Ratspräsidentin Theresia Weber: Ich begrüsse unsere Volkswirtschaftsdirektorin, Regierungsrätin Carmen Walker Späh.

Erich Bollinger (SVP, Rafz), Präsident der Kommission für Planung und Bau (KPB): Auch dieses Jahr wird der Kantonsrat noch vor den Budgetberatungen das Bauprogramm der Staatsstrassen zur Kenntnis nehmen. Für diejenigen, denen dieser Ablauf noch nicht geläufig ist, zitiere ich den entsprechenden Passus aus dem Strassengesetz: «Der Regierungsrat erstattet dem Kantonsrat jährlich gleichzeitig mit dem Voranschlag Bericht über das Bauprogramm für Staatsstrassen der nächsten drei Jahre. Er berücksichtigt beim Bauprogramm die kantonalen und regionalen Verkehrspläne und die kommunalen Erschliessungspläne gemäss Planungs- und Baugesetz.»

Da es sich um eine «Kenntnisnahme» handelt, können der Kantonsrat und seine vorberatende Kommission nicht mehr tun, als sich zur einen oder anderen Sache tiefer informieren und sich im positiven oder negativen Sinn zum Bauprogramm äussern. Ziel des Bauprogramms ist das Aufzeigen der baulichen Massnahmen der nächsten drei Jahre. Ich gebe einen kurzen Überblick über die Grossprojekte, sie entsprechen denjenigen des letzten Bauprogramms:

Uster West: Vor der Projektfestsetzung müssen die Rechtsmittelverfahren gegen die Revision der Schutzverordnung durchlaufen werden. Der Regierungsrat hat entschieden, dass die Schutzverordnung anzupassen ist. Je nach Resultat der Klärung «Schutzverordnung» gibt es eine Änderung oder Anpassung des Projekts.

Limmattal: Im Limmattal werden verschiedene Strassenprojekte in Dietikon und Schlieren im Zusammenhang mit der Limmattalbahn ab 2017 umgesetzt, das haben wir gehört aufgrund der Abstimmung von gestern. Es handelt sich dabei um Vorhaben insbesondere entlang der Bern- und der Überlandstrasse sowie entlang der Querachsen mit dem Ziel, die Ortskerne vom regionalen Durchgangsverkehr zu entlasten.

Autobahnzubringer Ottenbach/Obfelden: Nach der Bereinigung von Einsprachen aus der Planaufgabe kann das Projekt voraussichtlich Ende dieses Jahres festgesetzt werden. Da mit weiteren Einsprachen bei der Projektfestsetzung zu rechnen ist, ist ein Baubeginn nicht vor 2018 zu erwarten.

Die Zürichstrasse in Adliswil wird wegen Neuüberbauungen zur städtischen Hauptverkehrsstrasse ausgebaut. Das 10-Millionen-Franken-Projekt ist für 2018 vorgesehen.

In Eglisau wird zum Schutz der Bevölkerung der Verkehrsfluss mit Lichtsignalanlagen und Knotenanpassungen verbessert, was aber ganz klar keine Alternative zu einer Umfahrung ist. Auch ist nicht sicher, ob die geplanten 25 Millionen Franken ohne vorgängige Testanlage gut investiertes Geld ist, wird doch ganz sicher das ganze Rafzerfeld mit dieser Massnahme noch mehr blockiert als sonst schon. Neue Umfahrungevarianten, die den Rhein westlich der Eisenbahnbrücke queren, liegen bei der eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) zur Beurteilung. Der Bericht wird demnächst erwartet und erst dann ist über das weitere Vorgehen zu befinden. Die entsprechende Motion ist übrigens bis dahin bei unserer Schwesterkommission, der KEVU (*Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*), pendent.

Neeracherried: Die Strassenverlegung bedarf vertiefter Abklärungen und ist ebenfalls der ENHK zur Beurteilung vorgelegt worden. Es geht eben auch um ein Moorschutzgebiet von nationaler Bedeutung. Hier rechnen wir mit dem Bericht bis Ende Jahr.

Die Mitglieder der KPB haben dann je nach Interessengebiet eigene Fragen und Stellungnahmen eingebracht, auch dazu ein kurzer Abriss: Das Beschwerdewesen ist sehr gut ausgebaut. Das mag uns zwar als Demokraten freuen, führt aber zu vielen und grossen Verzögerungen, gerade und insbesondere im Strassenbau. Betroffen davon sind nicht nur die genannten Projekte «Uster West» oder «Ottenbach/Obfelden», sondern auch etwa die «Einhausung Schwamendingen». Bei dieser immerhin soll es aber anfangs nächstes Jahr weitergehen.

Der Kommission wurde vor wenigen Wochen von der Regierung dargelegt, dass die Gelder für Seeuferwege nicht eingestellt würden, so-

lange das Urteil des Bundesgerichts und damit die nötige Rechtssicherheit für das Inkrafttreten des Gesetzes ausstünden. Seit Mitte letzter Woche kennen wir den Bundesgerichtsentscheid, in dieser Sache wird sich also etwas bewegen.

Die Mehrzahl der vom Strassenlärm stark betroffenen Gebäude lässt sich aus verschiedenen Gründen nicht bis zum 31. März 2016 sanieren. Mit Ablauf der Frist werden die Bundesbeiträge zu den Sanierungen, die zwischen 15 und 30 Prozent betragen, entfallen.

Es ist erfreulich, dass man die Pannestreifen nun zur Kapazitätserhöhung nutzen darf. Da es aber bauliche Massnahmen – Signalisationen, Fahrbahnverstärkungen und Ausweichbuchten – braucht, greift das nicht so rasch, wie man das gemeinhin denken würde.

Mehr möchte und brauche ich nicht zu sagen, denn die Kommission hat freie Debatte bei dieser Kenntnisnahme beschlossen, sodass alle ihre Anliegen anbringen können. Vorher aber noch eine Bemerkung für diejenigen, welche mit dem Geschäft nicht so vertraut sind: Wer mit dem Strassen- oder Radwegnetz der Städte Zürich und Winterthur auf überkommunalen Strassen nicht zufrieden ist, muss seine Kritik nicht hier bei der Volkswirtschaftsdirektorin (*Regierungsrätin Carmen Walker Späh*), sondern bei den beiden Städten vorbringen. Die beiden Städte sind gemäss Strassengesetz selber für die Planungen der überkommunalen Strassen verantwortlich.

Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen): Der Präsident der KPB hat es gesagt, bei diesem Geschäft geht es lediglich um eine Kenntnisnahme. Als Neumitglied in dieser Kommission ist es für mich nicht ganz verständlich, wie lange gewisse Projekte dauern, aber die Regierungsrätin hat uns versichert, dass sie beim Bund intervenieren wird, dass sie die Schlüsselprojekte – das sind die Projekte über 3 Millionen – vorantreiben will. Und der Präsident hat es ebenfalls ausgeführt: Die Rekursmöglichkeiten sind immens, sodass eben gewisse Projekte sehr stark verzögert werden, was nicht ganz im Sinne der Effizienz ist.

Für uns geht es in die richtige Richtung. Wir haben aber festgestellt, dass einzelne Projekte aber doch gestärkt werden sollten. Ich bitte Sie, bei dieser Kenntnisnahme nicht eine Umwelt- und Verkehrsdebatte zu führen, und darf Sie im Sinne der SVP bitten, die Vorlage zur Kenntnis zu nehmen und im Sinne der Effizienz keine Umwelt- und Verkehrsdebatte zu führen. Vielen Dank.

Andrew Katumba (SP, Zürich): Herr Hübscher, das ist tatsächlich ein frommer Wunsch. Das ist ja der Sinn und Zweck dieser Vorlage, dass

wir hier einmal pro Jahr eine sogenannte «Chropfleerete» machen können, im Wissen, dass wir nichts Wesentliches bewirken können. Und das ist auch wichtig.

Das gestrige Abstimmungsergebnis macht die Bahn frei zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs im Limmattal. Es ist ein klares Bekenntnis zu einem vernünftigen Erschliessungsprojekt im boomenden Entwicklungsgebiet zwischen Zürich Altstetten und Spreitenbach. Siedlungsdruck und Verdichtung erzeugen Wachstumsschmerzen bei all jenen, die die Ortskerne am liebsten auf alle Ewigkeit konservieren wollen. Die Bahn und die damit verbundenen Umbauprojekte im Strassenraum werden das Bild des Limmattals nachhaltig und für immer verändern. Die Zentren von Schlieren und Dietikon sollen durch den prognostizierten Mehrverkehr zum Teil entlastet und für den Langsamverkehr aufgewertet werden. Nun hat ein koordiniertes, aber auch sensibles Vorgehen von Kanton, Gemeinden und der Limmattalbahn AG höchste Priorität. Es muss hier nochmals erwähnt werden, dass die Kosten über 136 Millionen für den Ausbau im Strassenraum zum grössten Teil vom Kanton und dem Agglomerationsfonds des Bundes finanziert werden. So günstig werden die Gemeinden nie mehr zu besagten Aufwertungsmassnahmen kommen.

Angesichts der heutigen Herausforderungen bei der Projektierung und Realisierung von neuen Strassenbauprojekten ist es sinnvoll, die Kapazität des Strassenraumes laufend zu überprüfen und auf ihre Leistungsfähigkeit hin zu optimieren. Mit der regionalen Leitzentrale für den Verkehrsraum Zürich lässt sich der Strassenraum besser nutzen. Die Reisezeiten für den öffentlichen Verkehr, aber auch für den Individualverkehr in und um urbane Siedlungsgebiete werden einerseits berechenbarer und andererseits aber auch kürzer. Auch das Limmattal und das Glatttal werden ins städtische Strassenverkehrssystem, kurz RVS, aufgenommen und zentral gesteuert. Die Umgestaltung von Verkehrsknoten und Anpassung der Signalsteuerung mit entsprechender ÖV-Priorisierung sollen den Verkehr auch in den zunehmend dichtest besiedelten Agglomerationen verflüssigen helfen.

Eine weitere Massnahme, um den Verkehr auf den Nationalstrassen zu verflüssigen, ist die PUN – das habe ich zum ersten Mal gehört –, auch «Pannestreifenumnutzung» genannt. Im Abschnitt zwischen Oberwinterthur und Effretikon soll mit der PUN die Kapazität auf diesem Autobahnabschnitt erhöht werden. Auch auf dem hochbelasteten Abschnitt Zürich Ost–Effretikon stehen umfangreiche Instandstellungsarbeiten und erste Verkehrsoptimierungen an. Diese Unterhaltungs-massnahmen beginnen voraussichtlich im Sommer 2016. Der Abschnitt zwischen den Verzweigungen Zürich Ost und Brüttisellen ist

mit knapp 160'000 Fahrzeugen pro Tag eine der verkehrsmässig höchstbelasteten Nationalstrassenabschnitte der Schweiz. Deshalb wird zusammen mit den Instandsetzungsarbeiten auch dort Pannestreifenumnutzung vorgesehen. Ob diese provisorischen Massnahmen tatsächlich auch greifen oder nur ein Placebo sind, wird sich dann wohl weisen. Fest steht, dass der geplante Leistungsausbau auf den Nationalstrassen nicht mit der Verkehrszunahme Schritt halten kann und, seien wir mal ehrlich, auch nicht wird. Nationalstrassenbauprojekte in bereits besiedelten Gebieten verzögern sich, um nicht zu sagen scheitern, entweder an Einsparungen, an der fehlenden Finanzierung – Stichwort: Abstimmung zur Erhöhung der Vignettengebühr vor einigen Jahren – oder an schützenswerten Naturlandschaften.

Seit der Kompetenzverschiebung auf Bundesebene scheinen sich geplante Projektierungen noch weiter hinauszuzögern. Besonders ärgerlich hierbei ist für die lärmgeplagte Bevölkerung sicherlich die Verzögerung der Einhausung Schwamendingen. Seit nunmehr drei Jahren warten die Bewohnerinnen und Bewohner auf die Plangenehmigung durch das UVEK (*Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation*). Mit dem Baubeginn kann, so wissen wir heute, frühestens im Jahre 2018 gerechnet werden. Nicht anders ergeht es dem Bau der neuen Gubiströhre und der Instandsetzung der alten. Hier rechnet man mit der Fertigstellung frühestens im Jahre 2024. Um die bestehenden Verkehrsströme zu verflüssigen, braucht es vielleicht aber auch nicht mehr Strassen und Tunnels, sondern nur intelligente Fahrzeuge. Die autonomen Fahrzeuge sind längst kein Science Fiction mehr, sondern bereits heute Realität. Renommierete Verkehrsspezialisten rechnen damit, dass die smarten Fahrzeuge bereits in fünf bis zehn Jahren auf unseren Nationalstrassen verkehren werden. Natürlich sind bis dahin noch etliche und rechtliche Hürden zu meistern, die grösste dabei wäre wohl die vielgeliebte Autonomie einer Software abzugeben. Und damit werden einige von Ihnen wohl Ihre liebe Mühe bekunden. Die Diskussion «Effizienz versus Autonomieverlust» werden wir hier dann aber erst in einigen Jahren führen.

Aber wieder zurück in die Gegenwart: Uns bleibt hier die Möglichkeit, den jährlichen Bericht über das Bauprogramm der Staatsstrassen für die kommenden vier Jahre zu würdigen. Positiv herausstreichen möchte ich in diesem Zusammenhang das kantonale Lärmsanierungsprogramm. Bis 2018 werden voraussichtlich sämtliche Sanierungsprojekte festgesetzt sein. Mit Ausnahme der Gemeinden Ottenbach und Obfelden werden alle Massnahmen umgesetzt werden.

Kritik möchte ich jedoch am regierungsrätlichen Vorgehen bei der Volksinitiative «Zürichseeweg für alle» äussern. Obwohl der letzte Woche publizierte Bundesgerichtsentscheid weder materielle noch aufschiebende Wirkung hatte, sistierte der Regierungsrat bisher sämtliche Bauvorhaben von jährlich 6 Millionen Franken. Nach dem klaren Verdikt des Bundesgerichts erwarten wir von der SP nun, dass die Regierung den Bau der Uferwege, besonders entlang des Zürichsees, gezielt und schnell vorantreibt. Dabei sollen vor allem jene Wegstücke zuerst projektiert werden, bei denen keine langwierigen Rechtsverfahren zu erwarten sind. Die SP erwartet im nächsten Bericht einen konkreten Massnahmenkatalog der Regierung. Die Verkehrssicherheit der zu Fuss Gehenden in unserem Kanton ist nach wie vor verbesserungswürdig. 40 Prozent der rund 2000 Fussgängerübergänge genügen den sicherheitstechnischen Anforderungen heute nicht mehr. Direktbetroffen sind hier vor allem die schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen und -teilnehmer in unserem Kanton, die Kinder. Der Kanton wartet mit der Erstellung von entsprechenden Schutzvorrichtungen zu lange, bis entsprechende Tiefbauprojekte mit den Gemeinden koordiniert werden. Es ist daher unverständlich, weshalb der Regierungsrat die bisher geplanten Mittel über 10 Millionen um 4 Millionen kürzen will.

Zum Schluss möchte ich lobend anmerken, dass uns in der Kommission sämtliche Fragen transparent und postwendend beantwortet wurden. Vielleicht liegt es auch daran, dass die Volkswirtschaftsdirektorin als früheres Mitglied der KPB weiss, was wir wissen wollen. Die SP nimmt den Bericht dankend zur Kenntnis.

Christian Müller (FDP, Steinmaur): Ich gebe vorab meine Interessenbindung bekannt: Ich bin Vizepräsident des Autogewerbeverbandes des Kantons Zürich. Es ist naheliegend, dass ich mit dem vorliegenden Bauprogramm Strassen und dem entsprechenden Bericht dazu nicht glücklich bin. Jedes Jahr werden dieselben Projekte im Bericht zum Bauprogramm aufgeführt, jedoch nicht mit den Ausführungen, wann und wie die Bauten realisiert werden sollen, sondern immer mit der Begründung, weshalb sie gerade nicht gebaut werden können. Dabei sind diverse Strassen in der Agglomeration Zürich schon heute völlig überlastet und die Probleme werden in Zukunft noch grösser werden. Der verabschiedete neue Richtplan geht von einer Bevölkerungszunahme bis 2030 im mittleren Szenario von rund 150'000 Einwohnern aus. Die neusten Zahlen gehen von einer Zunahme von 230'000 bis 2040 aus. Das ist eine weitere Zunahme von 20 Prozent. Davon sollen 20 Prozent im nicht urbanen Gebiet stattfinden. Das dadurch steigende

Mobilitätsbedürfnis soll zu 50 Prozent durch den ÖV und zu 50 Prozent durch den MIV (*Motorisierter Individualverkehr*) aufgenommen werden. Dagegen spricht aus meiner Sicht nichts. Was mir jedoch auffällt, ist, dass nur beim ÖV konkrete Vorstellungen vorhanden sind, wie das bewältigt werden soll. Entsprechende Projekte sind bereits aufgelegt und können wohl auch realisiert werden, auch dank dem klaren Ja zur Limmattalbahn von gestern. Bemerkenswert ist hier allerdings, dass das Tal selbst die Bahn mehrheitlich ablehnt. Es ist zu hoffen, dass die Ausbauten des Strassennetzes im Zusammenhang mit der Limmattalbahn den zu erwartenden Mehrverkehr auch tatsächlich aufnehmen können und es nicht zu noch mehr Stausituationen kommen wird. Für den MIV fehlen mir die Vorstellungen, wie der Mehrverkehr, der aufgrund der Bevölkerungszunahme zu erwarten ist, bewältigt werden soll, jedoch völlig. Im Gegenteil: Die vorhandenen Kapazitäten werden laufend verringert, sei es durch Priorisierung des strassengebundenen ÖV, durch neue ÖV-Projekte, welche ebenfalls im schon stark überlasteten Strassenraum gebaut werden, oder durch Aufwertung der Strassenräume. Die Gewichtung kann auch aus der Reihenfolge im Bericht zum Bauprogramm Strasse entnommen werden. Hier heisst es: «1. Fuss- und Radverkehrsanlagen, 2. Öffentlicher Strassenverkehr, 3. Nationalstrassen und 4. Staatsstrassen». Danach folgen dann noch «Verkehrsmanagement» und «Lärmschutz». Ich unterstütze sowohl die Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit wie auch Massnahmen zur Aufwertung von Strassenräumen und zur Entlastung von stark verkehrsbelasteten Wohngebieten. Wenn diese Massnahmen jedoch nur dazu führen, dass der Verkehrsfluss weiter gehemmt wird oder an anderen Orten neu eine Überlastung entsteht, ist das Geld – wohlverstanden vom Automobilisten bezahlt – nicht effizient eingesetzt. Ein Beispiel dazu: Wenn in Ortsdurchfahrten die Strassenräume mit viel Aufwand aufgewertet werden und die Dörfer dann gleichzeitig durch Lärmschutzwände buchstäblich zerschnitten werden, so zeugt das nicht gerade von Weitsichtigkeit. Ich zitiere dazu aus einem Strategiekonzept eines Raumplaners: «Lärmschutzwände sind keine guten Lösungen für das Dorf- und das Ortsbild. Sie schaffen optische und soziale Barrieren.» Hier wären wohl bessere Lösungen gefragt.

Von gewisser Seite wird auch immer behauptet, mehr Strassen führten zu mehr Verkehr. Wenn ich jedoch die Situation in unserer Region betrachte, haben wir laufend mehr Verkehr bekommen, und das ohne eine zusätzliche Strasse und auch nicht durch eine Kapazitätserhöhung. Das bedeutet für mich, dass es wohl andere Gründe dafür geben muss. Gerade kürzlich konnte ich bei einem Referat eine mögliche

Erklärung dazu hören. In den letzten 30 Jahren wurde der ÖV massiv ausgebaut, insbesondere die S-Bahn schuf erhebliche Kapazität. Aufgrund dieses Angebotes fand entlang der S-Bahnlinien ein erhebliches Bevölkerungswachstum statt. Dass dieses Wachstum dann ein zusätzliches Volumen des MIV mit sich brachte, liegt wohl auf der Hand. Es ist zwar erfreulich, dass vom geplanten Budget Staatsstrassen in Zukunft wieder mehr als die Hälfte tatsächlich für die Fahrbahn aufgewendet werden soll. Dies im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren, in denen der grössere Teil für andere Zwecke verbaut wurde. Im Anteil «Fahrbahn» ist aber immer auch ein Teil für den strassengebundenen ÖV enthalten, sodass dem MIV wohl wiederum nur knapp die Hälfte des gesamten Budgets zustehen wird, und dies, obwohl die gesamte Transportleistung nach wie vor zu 80 Prozent auf der Strasse erbracht wird und der MIV 70 Prozent des Verkehrsaufkommens bewältigt. Dieser Anteil an Geldern ist einfach zu gering. Ich wünsche mir, dass die Strasse in Zukunft eine mindestens so grosse Förderung erfährt wie der ÖV und Projekte zur Behebung von Engpässen bald angegangen werden können, so wie das beim Gubrist nun endlich der Fall ist. Ansonsten gibt es ja noch die Anti-Stau- und die Milchkuhinitiativen. Autonom gelenkte Fahrzeuge werden die Probleme nicht lösen, das ist Wunschdenken.

Die FDP wird sich auch in Zukunft für die Realisierung von notwendigen Strassenprojekten einsetzen. Dies ist für den Wirtschaftsstandort Zürich und mehr Lebensqualität unabdinglich. Wir danken der Regierung für den vorliegenden Bericht und nehmen ihn zur Kenntnis.

Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon): Alle Jahre wieder nehmen wir diesen Bericht zur Kenntnis und viel ändert sich in der Regel nicht. In der Interpellation zum Klimawandel hat der Regierungsrat ausgewiesen, dass der Moorschutz ein wichtiges Anliegen ist und dass der Kanton Zürich schweizweit eine ausgesprochen grosse Verantwortung für den Moorschutz trägt. Heute, in diesem Strassenbauprogramm, sehen wir diese Verantwortung nicht. Und hier liegt auch die Antwort, weshalb immer die gleichen Projekte vorne stehen: Offensichtlich sind die Regierung und die Verwaltung nicht in der Lage, gesetzeskonforme Projekte zu entwickeln, die anschliessend nicht von den Gerichten gestoppt werden, weil sie den Moorschutz oder andere Gesetz missachten. Dies entspricht eigentlich einfach einer Geld- und Zeitverschwendung.

Auf der anderen Ebene bekommen wir ein Problem im Bereich des Lärmschutzes. Denn hier sind es nicht nur die wegfallenden Staatsbei-

träge, die anschliessend wir bezahlen müssen, sondern es besteht auch das reelle Risiko, dass Entschädigungen an Hauseigentümer bezahlt werden müssen, deren Liegenschaften von zu hohen Lärmbelastungen betroffen sind, was sich wertmindernd und ertragsmindernd auf ihre Häuser auswirkt. Daher wäre es mir oder uns, der GLP, ein Anliegen, dass der Fokus verstärkt auf der siedlungsverträglichen Strassenraumgestaltung liegt und wir in diesem Punkt vorwärtskommen, der vielleicht einfacher ist, statt die Zeit und Energie in Strassenbauprojekte zu verschwenden, die nie realisiert werden dürfen, weil sie die Gesetze nicht achten. Ich denke auch, gerade die Schweizerische Vereinigung der Verkehrsingenieure und der Verkehrsexperten hat anlässlich ihres 50-jährigen Jahrestags oder ihres 50-jährigen Jubiläums einen Weg aufgezeigt, der zukunftsfähig ist und den wir im Kanton Zürich unbedingt verfolgen sollten. Daher rufe ich die Volkswirtschaftsdirektorin auf: Konzentrieren Sie sich doch auf diese Aspekte, machen Sie dort vorwärts. Dann haben wir irgendwann in Zukunft ein Strassenbauprogramm, bei dem sich etwas bewegt und das vorwärtsgeht. Und ich denke, die meisten werden darüber viel, viel glücklicher sein als über den Zustand heute.

Martin Neukom (Grüne, Winterthur): Es geht wieder einmal darum, Dinge zur Kenntnis zu nehmen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Staat, dass der Kanton gerne Strassen bauen möchte, so wie wir im September auch zur Kenntnis nehmen konnten, dass die Volkswirtschaftsdirektorin Naturschutz als etwas Ärgerliches empfindet. Thomas Wirth hat schon völlig zu Recht den Umgang mit Moorschutz kritisiert, wie ihn dieser Kanton hier pflegt. Die Fraktion der Grünen nimmt also zur Kenntnis, dass der Kanton zusammen mit dem Bund viele Strassen bauen möchte, sei es die Umfahrung Eglisau, diverse Autobahnzusammenschlüsse oder die Autobahnerweiterung in Winterthur, der Waidhaldetunnel, Oberlandautobahn, Strasse Uster West – die Liste ist lang –, meine Fraktionskollegen werden sich noch zu einzelnen Projekten äussern. Nun, dieser Strassenbau ist ein Teil unserer expansiven Kultur. In dieser Kultur, in der wir leben, gibt es nichts anderes als mehr und grösser und weiter, und daher ist es auch nicht verwunderlich, dass man zu Verkehrsengpässen nichts anderes zu sagen weiss, als dass man mehr Strassen bauen muss. Es ist das Einzige, was einem in dieser Kultur überhaupt in den Sinn kommt, interessanterweise, obwohl wir mittlerweile längst an die Grenzen stossen und merken, dass diese Kultur des «Immer mehr», die expansive Kultur, unsere Bedürfnisse gar nicht mehr befriedigt. Darum noch kurz einige

kritische Inputs zu diesen Grenzen, die hier offensichtlich gerne völlig übersehen werden:

Die externen Kosten des MIV sind enorm, sprechen wir nur von der Abwertung der Immobilien überall entlang der Strassen, von der Abwertung des öffentlichen Raumes, sprechen wir von Atemwegserkrankungen durch die Luftverschmutzung und so weiter. Betrachten wir beispielsweise die Verkehrstoten: 2014 sind im Strassenverkehr 243 Menschen gestorben und über 4000 schwer verletzt worden. Ist schon enorm, was wir hier bereit sind, einfach so in Kauf zu nehmen für diese grossartige Mobilität. Bald werden wir in diesem Rat ja wieder über Kulturlandschutz diskutieren. Interessant auch hier: Kulturland geht nicht nur durch das Überbauen, durch das Aufstellen von Gebäuden verloren, auch Strassenraum braucht extrem viel Platz. Und laut dem Statistischen Amt wurden in den letzten 25 Jahren im Kanton Zürich 4000 Hektaren Land durch Gebäude überbaut und 1000 Hektaren gingen durch neue Strassen verloren. Das ist also doch auch signifikant.

Zum Schluss noch kurz eine Bemerkung zu den Emissionen: Die Emissionen steigen im Strassenverkehr. In den Gebäuden, immerhin im Bereich der Gebäude sind die Emissionen rückläufig. Im Strassenverkehr sind sie nach wie vor steigend. Dies, obwohl die Fahrzeuge tendenziell effizienter werden. Warum steigen die Emissionen trotzdem? Weil einfach mehr gefahren wird. Und das hängt natürlich auch damit zusammen, dass wir gern immer mehr Strassen bauen. Nun, dass ein Teil von diesen Geldern nun für Fuss- und Radwege verwendet wird, das ist ja ganz nett. Aber man darf das jetzt nicht verwechseln und sagen, dass das jetzt irgendetwas kompensiert. Denn nur weil wir mehr Velo fahren, nehmen die Autoemissionen aus dem Strassenverkehr nicht ab. Also, wenn wir das jetzt bei dieser Vorlage ablehnen könnten, dann würden wir es natürlich ablehnen. Aber da es nur zur Kenntnisnahme ist, nehmen wir es einfach – vielleicht etwas mürrisch – zur Kenntnis.

Josef Wiederkehr (CVP, Dietikon): Einmal mehr dürfen wir das Strassenbauprogramm des Regierungsrates zur Kenntnis nehmen. Das Nationalstrassennetz spielt im Kanton Zürich eine zentrale Rolle bei der Bewältigung des Verkehrsvolumens. Das ist auch richtig so. Und auch wenn die Zuständigkeit beim Bund und nicht beim Kanton liegt, ist es trotzdem wichtig, dass der Kanton Druck ausübt, damit sich der Bund unserer Anliegen annimmt. Unser Kanton wächst und wird mobiler. Dies bedeutet jedoch auch, dass unsere Ansprüche an die Verkehrsinf-

rastruktur steigen. An diversen neuralgischen Punkten verschärft sich die Stausituation entsprechend laufend. Diese Stauschwerpunkte sowie die Lücken im Nationalstrassennetz müssen rechtzeitig entschärft und geschlossen werden. Die Staustatistiken sprechen eine eigene Sprache in den letzten Jahren. Ich denke hier beispielsweise an die Nordumfahrung. Erfreulich ist, dass im September das Bundesverwaltungsgericht entschieden hat, dass das ASTRA (*Bundesamt für Strassen*) die dritte Röhre ausschreiben darf. Somit könnte schon 2016 mit den Bauarbeiten gestartet werden. Dies ist auch dringend nötig für die gesamte Region. Dieses Jahr konnten wir mehrfach beobachten, wie ein Unfall im Gubrist gleich halb Zürich und das ganze Limmattal lahmlegt. Deshalb ist es wichtig, dass solche Projekte frühzeitig angegangen werden, bevor der Verkehrskollaps perfekt ist. Bedauerlicherweise lassen sich Projekte kaum noch innert nützlicher Frist realisieren. Moorschutz, Ortsbildschutz und weitere Auflagen verzögern die Projekte um Jahre oder verhindern sie ganz. Was einst zum Schutz der betroffenen Bevölkerung gedacht war, führt immer häufiger dazu, dass die betroffene Bevölkerung das Nachsehen hat.

Die CVP nimmt hiermit das Strassenbauprogramm zur Kenntnis und wir wünschen uns, dass mindestens ein Teil davon auch in absehbarer Zeit realisiert werden kann.

Gerhard Fischer (EVP, Bäretswil): Der Bericht beinhaltet mit Recht nicht nur die Projekte und Anliegen des motorisierten Individualverkehrs, sondern zeigt gut auf, dass für Bus, Fussgänger und Velofahrer der Platz auf der Strasse genauso erhalten bleiben soll und weiter ausgebaut und attraktiviert werden muss. Die EVP ist der Überzeugung, dass in Zukunft ein fein abgestimmtes Miteinander von Strasse und Schiene für einen optimalen Verkehrsfluss mit möglichst wenig Stau und Verspätung eine entscheidende Voraussetzung für ein massvolles Vorwärtskommen ist. Nur in jeder Beziehung nachhaltige Lösungen sind zukunftssträchtige Lösungen. Dafür setzen wir uns ein und stellen uns gegen jegliche Brüskierung, insbesondere auch beim ÖV auf Strasse und Schiene.

Michael Welz (EDU, Oberembrach): Die EDU nimmt das Strassenbauprogramm zur Kenntnis, ich möchte aber zu einem Punkt etwas erwähnen: Im Bauprogramm der Staatsstrassen 2016 bis 2019 ist auf Seite 9 Eglisau aufgeführt. In Eglisau soll also für 25 Millionen Franken im Jahr 2020 der Verkehrsfluss mittels einer Lichtsignalanlage verbessert werden. Der tägliche Durchschnittsverkehr beträgt in Egli-

sau rund 23'000 Fahrzeuge, und da soll also mit einer Verkehrsbehinderung der Verkehrsfluss verbessert werden? Und diese Behinderung darf 25 Millionen Franken kosten, 25 Millionen Franken für ein paar Ampeln, die erst noch bald einmal nicht mehr benötigt werden. Da kommt der Zürcher Normalbürger oder vor allem der Unterländer nicht mehr mit. Eglisau braucht dringend eine Umfahrung. Dahingehend sollen die 25 Millionen fliessen oder in die Beschleunigung zur Umfahrungslösung, aber sicher nicht in ein Lichtsignalprojekt für eine Durchgangsstrasse.

Die EDU erwartet vom Regierungsrat, dass er dieses Vorhaben sistiert und demnächst eine zukunftsweisende Umfahrungsvariante vorlegt.

Cornelia Keller (BDP, Gossau): Besten Dank dem Regierungsrat für den vorliegenden Bericht zu den Staatsstrassen, eine imposante Erscheinung, wenn man die Gesamtrechnung von jährlich etwa 100 Millionen bis 2018 betrachtet. In der KPB haben wir diese Projekte, die geplant werden, betrachtet, und dieses Papier ist wirklich unglaublich vielschichtig. Besonders hervorheben möchte ich als Zürcher Oberländerin natürlich die Oberlandautobahn, über die wir im neuen Jahr hier im Kantonsrat beraten werden zum Eintrag im Richtplan. Dieses absolut notwendige Projekt gehört beim Regierungsrat in die Kategorie «Verkehr verflüssigen» und ist eines der Hauptziele. Der Regierungsrat hat sich in dieser Hinsicht wirklich bis jetzt dafür eingesetzt, dass die Planung der Oberlandautobahn rassig und schlank weiterentwickelt werden kann. Es ist kaum mehr zu ertragen, wie die Bevölkerung vor allem von Wetzikon, Aathal, Uster, Gossau, Hinwil leiden muss. Dies sage ich ganz bewusst an die Adresse der Grünen, die in diesen Bereichen immer nur verhindern wollen. Man kann, lieber Max (*gemeint ist Max Homberger*), den Verkehr nicht aufhalten und das Autofahren verbieten. Also schauen wir doch dazu, dass der Verkehr möglichst flüssig und direkt an seine Ziele kommt und nicht die Dörfer und Weiler weiter belästigen muss.

Die BDP nimmt den Bericht dankend zur Kenntnis.

Max Homberger (Grüne, Wetzikon): Lieber Kollege Hübscher, mit Verlaub, was ich in dieser Sache zu Umwelt- und Grundsatzfragen sage, bestimme ich. Schon vor Jahresfrist machte ich Sie darauf aufmerksam, dass das Mobilitätswachstum in den 2000er Jahren das Vier- bis Fünffache des Bevölkerungswachstums beträgt und dass es das Doppelte des Wachstums des Bruttoinlandproduktes beträgt und dass Daniel Müller-Jentsch (*Projektleiter beim Think Tank Avenir Su-*

isse) folgerte, Zitat: «Diese Zahlen zeigen, dass sich die Mobilitätsnachfrage von den zugrunde liegenden demografischen und wirtschaftlichen Grunddaten entkoppelt hat. Durch Subventionen produzieren wir eine Übermobilität.» Diese Erkenntnis ist noch immer nicht die Erkenntnis des Regierungsrates. Dieser ist nach wie vor gewillt, das Angebot an Strassen auszuweiten, koste es, was es wolle, 50-jährige Erfahrung hin oder her.

Gestatten Sie mir einige Bemerkungen zu den beiden berühmtesten Oberlandprojekten: Die Oberlandautobahn Uster Ost bis Hinwil soll neu in südlicher Richtung – Kollegin Cornelia Keller sagte das – runter durch die Gemeinde Gossau, runter durch den Wald, durch das Grundwasser, durch den Siedlungsraum geführt werden. Obwohl die Übernahme durch den Bund nach wie vor ungewiss ist, wie der Regierungsrat sagt, bezeichnet er diese Strasse als Nationalstrasse. Die Strasse ist jedoch – und das schleckt keine Geiss weg – rechtlich eine kantonale Strasse. Der dafür notwendige Milliardenkredit gehört in die Kompetenz des Zürcher Souveräns. Man erinnere sich: Am 13. März 1977 – ja, Sie hören richtig, vor 38 Jahren, und ich kann sagen, ich war dabei – stimmt der Souverän der Initiative «Demokratie im Strassenbau» zu, mit deutlichen 57 Prozent stimmte der Bezirk Hinwil dieser Initiative zu. Die stärksten Befürworter waren Hinwil, Rüti und Wetzikon. Seit dem 13. März 1977 konnte sich die Bevölkerung nie mehr zu dieser Frage äussern. Also der Stand ist klar, die Begehren sind klar, die Position der Bevölkerung ist nach wie vor klar und nicht umgestossen. Weshalb dem Souverän nie ein Kredit unterbreitet wurde, weiss nur die Regierung und weiss nur der Bürgerblock. Warten Sie auf eine Durchsetzungsinitiative, Frau Volkswirtschaftsdirektorin? Und was halten Sie eigentlich von der sonst so hochgehaltenen Kantonssoveränität? Sagen Sie es uns bitte.

Zur Wetziker Westtangente: Im Programm 2011 bis 2013 diente diese Westtangente der Entlastung der Bahnhofstrasse von Wetzikon und sie wäre der Zubringer zur geplanten Oberlandautobahn. Diese damals geplante Oberlandautobahn ist, wie Sie wissen, Makulatur, und somit ist es auch der Zubringer. Im aktuellen Programm sagt der Regierungsrat mit keinem Wort, welchen Zweck diese Strasse wirklich haben soll. Dies ist auch verständlich, ist doch angesichts der völlig veränderten Lage ein Zweck auch nicht mehr ersichtlich. Der nördliche Abschnitt dieser Strasse wird gegenwärtig durch die Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission überprüft und die Realisierungsmöglichkeit steht somit völlig in den Sternen, wer weiss das besser als die Regierung? Die ganze Westtangente soll 45 Millionen

Franken kosten. Das ist ein Projekt von der Zürichstrasse zur Pfäffikerstrasse, Frau Volkswirtschaftsdirektorin.

Obwohl diese Westtangente keinen Zweck mehr hat, was auch die Regierung einzusehen scheint, will sie die südliche Weststrasse massiv ausbauen, die Kapazität massiv erhöhen. Dieses Ansinnen ist unlauter. Dieses Ansinnen verstösst gegen den Grundsatz der Einheit der Materie. Dieses Ansinnen ist klassische Salamtaktik. So was tut man nicht.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Auf Seite 9 des Strassenbauprogramms lesen wir «Eglisau»: Der Verkehrsfluss durch Eglisau soll mit Lichtsignalanlagen verbessert werden. Ziel ist es, die Aufenthaltsqualität für die Fussgängerinnen und Fussgänger zu erhöhen, Querungsmöglichkeiten für den Fuss- und Zweiradverkehr zu schaffen. Ich habe jetzt ein paar Lücken im Zitat gehabt, aber trotzdem, in diesem Zusammenhang: Den Verkehrsfluss verbessern mit einer Lichtsignalanlage und dem Ziel, Querungsmöglichkeiten für Fussgängerinnen und Fussgänger zu schaffen, das beisst sich – logisch. Diese 25 Millionen, die für dieses Projekt, das Betriebs- und Gestaltungskonzept, eingestellt sind, kann sich der Kanton sparen. Das Konzept ist, dass der Verkehrsfluss in Paketen gemacht wird vor dem Lichtsignal und dann so Autopakete durch dieses Eglisau hindurch geschleust werden, in der Hoffnung, dass die Lücken zwischen diesen Paketen gefüllt werden. Nun ist es aber so, dass jede Lücke, die nicht gefüllt wird – und es wird solche haben –, logischerweise die Kapazität dieser Strecke verringert. Das ist pure Logik. So kann man den Verkehrsfluss nicht erhöhen, es ist irgendwie auch ein Pilotprojekt, das hier den Eglisauern und den Rafzerfeldern schmackhaft gemacht wird und das 25 Millionen kosten wird – für mehr Stau und ein noch grösseres Problem in unserer Region.

Einen zweiten Punkt habe ich ebenfalls mit einem Lichtsignal: Es fehlt mir hier im Strassenbauprogramm eine Bemerkung zur Brücke zwischen Flaach und Rüdlingen, die diesen Sommer sehr rasch nicht geschlossen, aber mit einer Lichtsignalanlage auf Einspurigkeit versetzt wurde, weil der Schwerverkehr die Brücke im Querschnitt zu stark belastet. Obwohl der Schwerverkehr sowieso nicht kreuzen konnte auf der Brücke und obwohl am Sonntag kein Schwerverkehr stattfindet, wird das Lichtsignal im Moment auch über das Wochenende betrieben. Und die Perspektive für eine Lösung in dieser Region sei, wenn man auf die Regierung hört, fünf Jahre. Fünf Jahre kann es doch nicht sein, wenn man eine Brücke auf Einspurigkeit setzt, dass es

so lange geht, bis es ein Projekt gibt oder bis diese Brücke repariert wird, sodass das es nachher wieder funktioniert und die Brücke zweispurig befahrbar ist. Hier fehlt mir eine Aussage in diesem Strassenbauprogramm oder überhaupt eine Aussage der Regierung. Fünf Jahre sind eine zu lange Perspektive.

Dann habe ich einen weiteren Punkt: Wir haben den Verkehrsfonds, der den öffentlichen Verkehr subventioniert und der sogenannte Projektfinanzierungen machen kann. Im Gegensatz dazu haben wir den Strassenfonds, der einfach die Defizite im Tiefbauamt ausgleicht. Zu was führt das? Das führt dazu, dass man im öffentlichen Verkehr sehr hohe Ausgaben direkt aus dem Fonds zahlen kann und die Projekte schnell durchmachen kann, währenddem man im Strassenbau mit Rücksicht auf die kantonale Rechnung, auf unsere Staatsrechnung, die Projekt zeitlich verzögern und staffeln muss. Und es soll zu Baustellen kommen, die vier Jahre und länger dauern, wie zum Beispiel zwischen Bülach und Kloten. Ein unhaltbarer Zustand, den wir mal parlamentarisch korrigieren müssen.

Also die Hauptbotschaft von mir: Nehmen Sie die 25 Millionen für das BGK (*Betriebs- und Gestaltungskonzept*) raus. Die sind überflüssig. Gescheiter, wir stecken das direkt in die Umfahrung, dann haben wir dort das Problem gelöst.

Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster): Ich äussere mich zur Strasse Uster West. Der Regierungsrat hat am 23. September 2015 das vorliegende Bauprogramm für die Staatsstrassen bewilligt. Er stellt darin, wie in den zehn Jahren zuvor, den Bau der Strasse Uster West in Aussicht, muss diesmal allerdings auf die Zeit nach 2019 verträsten, weil – ich zitiere – «mit Einsprachen gegen die Schutzverordnung und gegen die anschliessende Projektsetzung zu rechnen ist». Was die Regierung im Strassenbauprogramm nicht mehr zu sagen wagt: An derselben Sitzung hat sie die Rekurse der Natur- und Umweltschutzverbände gegen die entsprechende Schutzverordnung gutgeheissen, ja, gutheissen müssen. Das Baurekursgericht ist nämlich zum klaren Schluss gelangt, dass der Kanton beim Erlass der Schutzverordnung 2014 tüchtig geschluppt hat. Nicht nur hat die Regierung ihre Kompetenzen bei der Festlegung des Flachmoorgebietes von nationaler Bedeutung überschritten, sondern sie hat es auch unterlassen, für das dortige Amphibienlaichgebiet fristgerecht Schutzmassnahmen festzulegen. Der Vorwurf wiegt also schwer. Die Regierung hat sich über geltendes Recht hinweggesetzt und die Arbeit verweigert. Den Befürwortern der Strasse Uster West mag dies recht sein. Nicht recht ist es der Schwei-

zer Bevölkerung, die sich 1987 für einen umfassenden Moorschutz ausgesprochen hat. Nicht recht ist es den Steuerzahlenden, weil ihr Steuergeld zum Fenster hinausgeworfen wird. Wir wissen es, allein bis Ende 2010 hat uns dieses Projekt 1,8 Millionen Franken gekostet. Im Strassenbauprogramm 2006 bis 2008 hiess es, das Projekt Uster West müsse im Rahmen des Massnahmenplans Haushaltsgleichgewicht 2006 verkleinert werden. Wir Grünen schlagen vor, dass man sich im Rahmen der Leistungsüberprüfung 2016 gänzlich vom Projekt «Strasse Uster West» verabschiedet. Sparpotenzial: mindestens 21 Millionen Franken.

Hans Heinrich Raths (SVP, Pfäffikon): Ich kann es einmal mehr wiederholen, wie wichtig das Projekt Oberlandautobahn für das Oberland ist. Wer den Schutz der Bevölkerung und der Umwelt in dieser Region ernst nimmt, kann sich nur für eine möglichst rasche Lückenschliessung einsetzen. Dies wird auch von einer grossen Mehrheit der Bevölkerung erwartet. Dies möchte ich einfach wieder einmal hier deponiert haben, mit dem Dank an die Regierung, dass sie das Projekt sehr schnell wieder aufgenommen hat, jetzt der KEVU einen Vorschlag unterbreitet, den wir für gut befinden, und wir dann hier im Kantonsrat dazu Stellung nehmen können. Vielen Dank.

Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht): Erlauben Sie einige grundsätzliche Feststellungen und Aussagen zum Gehörten in diesem Rat. Das ja nicht als rechts bekannte Neuigkeiten-Portal Watson hatte heute Morgen einen sehr guten Kommentar drauf und der lautet, etwas abgewandelt: Den Zürchern kann man jeden Bockmist verkaufen, wenn man dick und fett «ÖV» drauf schreibt. Und, Max Homberger, Demokratie im Strassenbau: Ihr, die Grünen, welche immer von Demokratie spricht – ich erinnere an die AKW (*Atomkraftwerke*) –, habt dieses Wochenende wieder sehr schön vorgelebt, was Klientelwirtschaft ist, was Interessenwirtschaft ist und was Blockadepolitik ist. Schaut mal hin, wie es im Limmattal aussieht. Im Limmattal haben, abgesehen von ein paar Berggemeinden mit gewissen «Tai Pans» (*kantonesischer Begriff für ausländische Führungskräfte*), die da oben in ihren Einfamilienhäusern wohnen, die Limmattalbahn gross abgelehnt. Aber eben, jeden Bockmist kann man den Zürchern verkaufen, wenn man dick und fett «ÖV» drauf schreibt. Und, Herr Katumba, jedes Jahr wächst die Schweiz um eine Stadt Sankt Gallen, jedes Jahr. Und da wollt ihr die Strassen zurückbauen? Was wollt ihr denn eigentlich? Wollt ihr, dass die Leute sich nicht mehr bewegen und nur noch

Staatsfernsehen schauen und indoktriniert werden? Wahrscheinlich nicht, oder? Die sollen doch die Möglichkeit haben, noch etwas an die frische Luft und in die Berge zu kommen. Und wie kommen sie das? Mit dem ÖV? Mit dem überlasteten ÖV, mit dem teuren ÖV? Mit dem rückwärts geschauten, Schulmeister Katumba, mit dem rückwärts gerichteten Bau einer Bahn, eines Vehikels aus dem 19. Jahrhundert, anstatt mit Elektrobussen? Das ist die Zukunft, Herr Katumba, Elektrobusse. Aber von dem sprechen Sie nicht. Sie sprechen von Effizienz versus Autonomie, gross Schaum schlagend. Das ist es nicht, Herr Katumba. Herr Katumba, wir brauchen Strassen. Und in Ihrer Stadt Zürich haben wir das ja wunderbar gesehen: Wann hat das Bellevue funktioniert? Wann hat die Achse über das Bellevue funktioniert? Als diese Fussgängerstreifen einmal weg waren, als man oben oder unten durchging. Und das ist die Zukunft. Sie können das Problem doch nicht mit Strassenrückbau lösen. Da wird immer wieder von Strassenrückbau geträumt. Was passiert? Stau, Stau, Stau! Und dann haben Sie das, was Herr Neukom hat: Atembeschwerden. Aber die Atembeschwerden, Herr Neukom, die haben Sie sich selber gemacht und die machen Sie sich selber mit Ihrer Staupolitik. Hören Sie damit auf, bauen Sie Strassen im Kanton Zürich, bauen Sie die Achsen aus! Und wenn Sie in Ihrem Quartier 20 Kilometer «Stopp-and-go» und Atembeschwerden wollen, dann haben Sie es, Herr Neukom. Und Ihre Schüler werden sehr zufrieden sein, wenn Sie ihnen das dann in der Schule predigen. Ich danke Ihnen.

Daniel Wäfler (SVP, Gossau): Als Vertreter des Bezirks Hinwil möchte ich noch etwas zur Strassenlegung Grüningen: Grüningen ist das einzige Landstädtchen im Kanton Zürich, das über keine angemessene Verkehrsführung verfügt. Mit Nachdruck möchte ich auch hier sagen, dass dieses Projekt forciert werden muss, das möchte ich hier deponieren. Denn bisher, wird gemunkelt, hat es noch keinen Verletzten oder keinen Verkehrstoten in diesem Städtchen gegeben, was das Verfahren beschleunigen würde, und ich glaube, es braucht auch nichts Schlimmeres zu passieren. Aber bitte, halten wir Sorge zu diesem alten, historischen Städtchen und handeln wir frühzeitig. Danke vielmals.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Zunächst herzlichen Dank meinerseits für die engagierte Debatte. Sie darf aus meiner Sicht durchaus eine «Chropfleerete» sein. Wir freuen uns seitens der Regierung aber natürlich auch, wenn wir hören, dass wir auf Kurs sind.

Ich freue mich natürlich – und da erlauben Sie mir einen kurzen Rückblick auf den gestrigen Tag – über das klare Ja zur Limmattalbahn, das das Zürcher Stimmvolk gestern ausgesprochen hat. Es ist ein Zeichen für diese Entwicklungsimpulse, die wir dem Limmattal geben wollen, auch wenn im Limmattal die eine oder andere Überzeugungsarbeit noch geleistet werden muss. Was aber eben auch wichtig ist, darum sage ich es im Rahmen des Strassenbauprogramms: Mit der Realisierung der Limmattalbahn werden nun auch Investitionen in den Strassenbau ausgelöst. Sie betreffen vor allem Schlieren und Dietikon, es sind die Strassenabschnitte Bern- und Überlandstrasse sowie die Querachsen, die neu im Zentrum entlasten. Und in die Umfahrungsstrassen wird Geld investiert, über 100 Millionen, es wurde bereits gesagt. Diese Massnahmen verfolgen nun eben tatsächlich das Ziel der Aufwertung im Limmattal. Seit gestern können wir diese Investitionen in den Strassenbau auch realisieren.

Am 29. April 2015 hat übrigens – das sei noch einmal gesagt – der Bundesrat auch den neuen Richtplan genehmigt. Dieser legt nun ein besonders grosses Gewicht auf die Abstimmung von Siedlungsentwicklung und Verkehrsentwicklung. Logischerweise und konsequenterweise ist dies auch ein wichtiges Ziel dieses Strassenbauprogramms. So sollen eben die Verkehrssicherheit und der Verkehrsfluss in besonders lärm- und verkehrsbelasteten Gebieten, insbesondere der Agglomerationen, verbessert werden. Mögliche Massnahmen sind zum Beispiel die geeignete Gestaltung des Strassenraumes innerorts, die Vermeidung von Staus an Knoten durch bauliche oder steuerungs-technische Massnahmen, beispielsweise mit der Einbettung ins sogenannte koordinierende regionale Verkehrssteuerungskonzept RVS.

Ein weiteres Ziel ist es, die Verkehrsverflüssigung mit verkehrstrennenden und koordinierenden Massnahmen sowie Busbevorzugungen durch Vermeidung von Verlustzeiten durch Staus und zur Gewährleistung einer angemessenen Fahrplanstabilität des öffentlichen Verkehrs aufrecht zu erhalten. Und wo nicht mit verkehrsorganisatorischen Massnahmen möglich, wollen wir ja auch die Entlastung der Ortskerne mit Umfahrungsstrassen weiter vorantreiben, auch ein ausdrückliches Ziel der Regierung in ihrer Legislaturplanung. Und solche Projekte, ich komme später darauf zurück, sind halt nicht einfach kurzfristig umsetzbar. Und sie erfordern hohe Investitionen.

Vorangetrieben wird denn diese Planung und Realisierung von Netzergänzungen für sichere und schneller Fahrrad- und Fusswegverbindungen. Das ist auch ein Ziel des Strassenbauprogramms. Ein wichtiges Mittel dazu ist der sogenannte Velonetzplan, der im Moment erar-

beitet wird und aus einem Auftrag aus ihrer Mitte entstanden ist. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf dem Alltagsverkehr.

Aber was sind nun aus meiner Sicht die wirklichen Herausforderungen bei der Umsetzung von Strassenbauvorhaben? Ich nehme gerne hierzu Stellung. Immer wieder hört man ja den Vorwurf, es würden ja gar keine Strassen gebaut. Und in der Tat – das kann ich auch feststellen – wird es beim Strassenbau immer schwieriger, Projekte zeitgerecht zu realisieren. Das liegt nicht nur daran, dass Strassenprojekte, im Unterschied zu ÖV-Projekten, bei der betroffenen Bevölkerung wohl weniger auf Akzeptanz stossen. Das Umweltrecht zum Beispiel bildet einen sehr engen Rahmen, ein sehr enges Korsett für die Weiterentwicklung dieser Infrastrukturen. Und immer häufiger sieht man sich dann mit Einsprachen und einem Weiterzug durch alle Instanzen, also bis ans Bundesgericht, konfrontiert und muss das zur Kenntnis nehmen. Bei vielen Projekten wiegt daher die Herausforderung der Planung in erster Linie im Ausloten dieser verschiedenen schwierigen und komplexen rechtlichen Rahmenbedingungen. So wurden dieses Jahr zahlreiche heikle Projekte der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission, ENHK, zur Begutachtung vorgelegt. Es handelt sich dabei – es wurde auch erwähnt – um Eglisau, die Strassenverlegung Neeracherried, die Westtangente in Wetzikon und das Konzept Mobilität und Umwelt am Pfäffikersee. Die Gutachten der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission stehen noch aus, ich kann Ihnen aber sagen, dass wir sie in Bälde erwarten.

Beim Seeuferweg haben wir nun mit dem Urteil des Bundesgerichts vom 4. November 2015 klare Verhältnisse. Das Bundesgericht hat ja den neuen Paragraphen 28c des Strassengesetzes aufgehoben. Diese Bestimmung hätte für den Bau von Uferwegen Enteignungen vollständig ausgeschlossen. In Bezug auf die Frage der Enteignung gilt jetzt der gewöhnliche, ohnehin schon strenge Schutz durch die Bundesverfassung. Enteignungen bleiben in jedem Fall die Ultima Ratio und ich kann Ihnen versichern: Den Willen des Gesetzgebers, das private Grundeigentum beim Bau von Uferwegen zu schützen, wird der Regierungsrat auch ohne Paragraph 28c ernst nehmen. Der Regierungsrat wird nun die verbleibenden Bestimmungen in Kraft setzen. Ich werde seitens der Volkswirtschaftsdirektion den entsprechenden Antrag stellen, und auch dies in Bälde. Das heisst, der Kantonsrat wird somit jährlich 6 Millionen Franken für den Bau von Uferwegen im Budget einstellen müssen und die Gemeinden haben sich an den Gesamtkosten der Wegprojekte im Umfang von 20 Prozent zu beteiligen. Diese Kostenbeteiligung der Gemeinden – Herr Kantonsrat Katumba, es ist eben nicht nur die Frage der Enteignungen, sondern es ist auch die

Frage der Kostenbeteiligung der Gemeinden – ist für uns nun eine wichtige Grundlage, diese Projekte auch voranzutreiben. Während der Dauer der Beratung der Umsetzungsvorlage im Kantonsrat und während des Bundesgerichtsverfahrens waren ja die Spielregeln für das Bauen von Seewegen an Uferanlagen noch nicht so klar. Wie ich es eben gesagt habe, die Enteignungsfrage und die Mitwirkung der Gemeinden waren nicht geklärt. Somit konnten entsprechende Projekte auch nicht in Angriff genommen werden. Das hat sich nun aber geändert und die Bestimmungen werden in Kraft gesetzt. Ich möchte aber trotzdem an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es uns wohl nicht möglich sein wird – ich gehe von diesem und vom nächsten und übernächsten Jahr aus –, bereits 6 Millionen Franken auszugeben. Denn zum einen müssen wir auch zusammen mit den Gemeinden die Uferstrecken definieren, bevor wir planen können, und erst recht, bevor wir sie realisieren können. Sie können davon ausgehen, dass die Inkraftsetzung anfangs des nächsten Jahres erfolgt.

Und zum Schluss noch eine positive Nachricht ausserhalb des kantonalen Bauprogramms: Die jahrelangen Bemühungen des Kantons Zürich für einen Ausbau der Nordumfahrung, einer der meistbefahrenen Strassen des Landes überhaupt, zahlen sich aus. Wie Sie wissen, haben ja die Vorbereitungsarbeiten für den dritten Gubristtunnel beim Ostportal begonnen. Es ist also absehbar, bis einer der grössten Engpässe im Schweizer Nationalstrassennetz behoben ist. Mit flankierenden Massnahmen auf den Kantonsstrassen werden wir dafür sorgen, dass die Einwohnerinnen und Einwohner auch langfristig vom Verkehr entlastet werden. Und erwähnen möchte ich auch die Linienführung und Schliessung der Lücke der Oberlandautobahn zwischen Uster und Hinwil, ebenfalls ein Projekt, das der Regierung sehr wichtig ist. Sie wissen, das wurde der KEVU zur Beratung überwiesen.

Und noch ein Schlusswort: Wir werden beim Strassenbau keine Steuern verschleudern. Ich möchte darauf hinweisen, dass der Fonds, aus dem die Mittel bezahlt werden, vollumfänglich von den Automobilistinnen und Automobilisten gespiesen wird. In diesem Sinne danke ich Ihnen für die engagierte Diskussion und für die Genehmigung des Berichtes.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Ich stelle fest, dass Sie den Bericht zur Kenntnis genommen haben.

Das Geschäft ist erledigt.

Nachruf

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wir fahren fort mit einem Nachruf auf den ehemaligen Kantonsratspräsidenten Hermann Hauser.

Hermann Hauser amtierte von 1975 bis 1995 in unserem Rat. Von 1981 bis 1996 war er zudem Mitglied des Bankrates und des Bankpräsidiums der Zürcher Kantonalbank. Sein 20-jähriges Wirken im Parlament wurde durch sein Präsidialjahr 1988/89 gekrönt.

Wie Zeitzeugen festhalten, prägte Hermann Hauser den Rat durch seine Leidenschaft für die Sache, seine eloquente Argumentation und seinen stets kollegialen Umgang.

Am 8. November 2015 ist Hermann Hauser einen Tag vor seinem 86. Geburtstag gestorben. Die Beisetzung hat im Familienkreis stattgefunden. Im Namen des Kantonsrates danke ich Hermann Hauser für seinen verdienstvollen Einsatz im Dienst unseres Kantons. Den Angehörigen des Verstorbenen gilt unser herzliches Beileid.

Fraktionserklärung der SP zum Urteil des Bundesgerichts zum Seeuferweg

Davide Loss (SP, Adliswil): Ich verlese Ihnen eine Fraktionserklärung der SP-Fraktion zum Urteil des Bundesgerichts zu Enteignungen für den Bau des Seeuferwegs.

Das Bundesgericht hat in seinem Urteil vom 4. November 2015 Paragraph 28c des Strassengesetzes ersatzlos aufgehoben. Das Bundesgericht hielt fest, ein absolutes Enteignungsverbot verstosse gegen die Planungsgrundsätze des Raumplanungsgesetzes. Das Raumplanungsgesetz verlange von den Kantonen, See- und Flussufer öffentlich freizuhalten und deren Begehung zu erleichtern. Die von der bürgerlichen Mehrheit dieses Rats verabschiedete Formulierung mit einem absoluten Enteignungsverbot sowie einem Eigentumsbeeinträchtigungsverbot halte deshalb vor Bundesrecht nicht stand.

Im Rahmen der Beratung der Umsetzungsvorlage zu einem Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Zürisee für alli» hat die bürgerliche Mehrheit – allen Warnungen von linker Seite zum Trotz – die Interessen der Grundeigentümerinnen und Grundeigentümer von Grundstücken am Zürichsee einseitig über diejenigen der Öffentlichkeit gestellt.

Für diese äusserst einseitige, radikale Formulierung haben Sie, meine Damen und Herren, nun die Quittung erhalten. Die von Ihnen abgegebenen Voten im Nachgang zu diesem Bundesgerichtsurteil zeigen zu-

dem, dass Sie schlechte Verlierer sind. So hat der FDP-Fraktionspräsident (*Thomas Vogel*) in der Neuen Zürcher Zeitung ausgeführt, er nehme zur Kenntnis, dass es das Bundesgericht für nötig erachte, den kantonalen Gesetzgeber erneut korrigieren zu müssen. Solche Äusserungen zeugen von Hilflosigkeit. Sie zeugen aber zudem von wenig Verständnis für die Prinzipien der Gewaltentrennung. Sie sind umso bedenklicher, wenn sie von einem Juristen stammen, der selber an einem Gericht arbeitet.

Die SP-Fraktion fordert, dass die neuen Bestimmungen im Strassen-gesetz umgehend in Kraft gesetzt werden. Dazu sind in den kommenden Budgets sowie im Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan die notwendigen Mittel einzustellen. Die SP-Fraktion wird die entsprechenden Anträge stellen.

Auf keinen Fall darf jetzt ein gesetzgeberischer Aktionismus ausbrechen, um das bundesgerichtliche Urteil abzumildern. So ist etwa die von der damaligen Kantonsrätin Carmen Walker Späh eingebrachte Formulierung, wonach Enteignungen nur dann zulässig sein sollen, wenn die Uferwege nicht anders gebaut werden können, schlicht unnötig. Sie entspricht dem geltenden Recht.

Es stände der bürgerlichen Mehrheit in diesem Rat gut an, die Prinzipien der Gewaltentrennung zu respektieren und endlich auf arrogantes Legiferieren ohne Rücksicht auf übergeordnetes Recht zu verzichten.

Fraktionserklärung der FDP über bürokratische Hürden bei der Unterbringung der Asylsuchenden

Jörg Kündig (FDP, Gossau): Ich verlese Ihnen eine Fraktionserklärung der FDP zum Thema «Verhinderte Problemlösung durch Bürokratie».

Am 2. November 2015 hat die Sicherheitsdirektion des Kantons Zürich, die Aufnahmequote für Asylsuchende per 1. Januar 2016 um 40 Prozent von 0,5 Prozent der Einwohner auf 0,7 Prozent der Einwohner zu erhöhen. Für die FDP war klar, dass die Bewältigung dieser Aufgabe durch Gemeinden und Städte zur Herausforderung werden würde. Einerseits deshalb, weil die Ankündigung sehr kurzfristig erfolgte, andererseits, weil sich abzeichnete, dass das Schaffen der nötigen Strukturen für Unterbringung und Betreuung die vorhandenen knappen Ressourcen enorm belasten würde. Wie gross diese Herausforderung tatsächlich ist, war durch die zahlreichen regierungsrätlichen Dankesbezeugungen im Vorfeld zu vermuten, zeigt sich jetzt aber deutlich bei der praktischen Umsetzung.

Es ist schon so, dass Gemeinden und Städte im Kanton Zürich dadurch ihre Qualität ausweisen, dass sie durch Einfallsreichtum und Kreativität immer wieder in der Lage sind, die ihnen übertragenen Verpflichtungen zu erledigen, auch mit durchaus unkonventionellen Mitteln und Massnahmen. Unabdingbare Voraussetzung dafür ist es aber, dass ihnen der nötige Werkzeugkasten zur Verfügung steht. Bei der Bewältigung dieser genannten Erhöhung der Aufnahmequote ist dies nicht der Fall. Beispiele: Die Umnutzung von Liegenschaften braucht ein zeitraubendes Ausnahmegewilligungsverfahren. Die Nutzung von Parzellen ausserhalb des Siedlungsbereiches braucht Ausnahmegewilligungen. Nicht zonenkonforme Parzellennutzung braucht Ausnahmegewilligungen. Feuerpolizeiliche Auflagen treiben die Kosten in die Höhe und die Bereitstellungszeit in die Länge. Für die Bereitstellung der Zivilschutzunterkünfte gilt das Gleiche. Das Motto scheint zu lauten: Gemeinden und Städte, nehmt euch bitte schleunigst dem Problem an, aber gefälligst unter Einhaltung der bürokratischen Prozeduren und Fristen.

Meine Damen und Herren, so funktioniert das nicht. Wir erwarten, dass diese Unterbringungsherausforderung gemeinsam angegangen wird. Das bedeutet, dass sich alle Direktionen des Kantons, alle Ämterstellen, alle Bewilligungsinstanzen dieser Zielerreichung unterordnen. Wir erwarten von der Zürcher Regierung, dass sie dies innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches sicherstellt, dass die Gemeinden und Städte in maximaler Art und Weise unterstützt und ihre Verantwortung wahrnimmt, und schliesslich, dass sie bei der Ansetzung von Fristen die Rahmenbedingungen eben im Sinne der gemeinsamen Zielerreichung besser berücksichtigt. Die Problemlösung darf durch die Bürokratie nicht be- oder gar verhindert werden. Besten Dank.

6. Tote Bahnhöfe im Rafzerfeld – Gerechtigkeit im ZVV

Antrag des Regierungsrates vom 10. Dezember 2014 zum Postulat KR-Nr. 270/2009 und gleichlautender Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 25. August 2015

Vorlage 5151

Ratspräsidentin Theresia Weber: Das Wort zum Eintreten hat die Präsidentin der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt, Rosmarie Joss, und sie wäre sehr dankbar, wenn sich die Personen bei der Tür (*nach der Pause*) an ihre Plätze begeben würden. Das gilt für die

Fraktionspräsidenten der SVP (*Jürg Trachsel*) und der FDP (*Thomas Vogel*) und der anderen Parteien. Bitte setzen Sie sich, Ruedi Lais, oder gehen Sie nach draussen, um weiterzusprechen, Jürg Trachsel ebenfalls (*Heiterkeit*). Vielen Dank.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon), Präsidentin der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. Unser Rat hat dieses am 31. August 2009 eingereichte Postulat am 21. Januar 2013 mit 99 zu 57 Stimmen bei 10 Enthaltungen an den Regierungsrat überwiesen. Dieser beantragte uns am 10. Dezember 2014, das Postulat abzuschreiben.

Unsere Kommission hat die Vorlage an drei Sitzungen behandelt und beantragt Ihnen einstimmig ebenfalls, der Abschreibung zuzustimmen. Am 31. Dezember 2009 wurde der letzte Bahnhof im Rafzerfeld, also der bediente Schalterbetrieb, nämlich Rafz, geschlossen. Deshalb forderte das am 31. August 2009 eingereichte Postulat vom Regierungsrat, dass er sich für mindestens eine bediente Bahnstation zwischen Bülach und Schaffhausen auf Zürcher Boden einsetzen solle. In diesem Sinne ist dieses überparteiliche Postulat, welches seinen Ursprung bei SVP, Grünen und EVP hat, ein gutes Beispiel wie sensibel die Bevölkerung auf Abbau von Dienstleistung beim öffentlichen Verkehr reagiert. Das Postulat wurde allerdings erst drei Jahre nach der letzten Bahnhofsschliessung im Rafzerfeld im Rat behandelt. Wären die toten Bahnhöfe tatsächlich Leichen gewesen, so hätte zu diesem Zeitpunkt wohl doch schon ein leichter Verwesungsgeruch bestanden.

In der Postulatsantwort informiert der Regierungsrat ausführlich über die verschiedenen Vertriebskanäle, die sich im öffentlichen Verkehr bieten. Der Kommission wurde insbesondere über die Möglichkeiten informiert, die neben dem klassischen Schalter bestehen. Ebenfalls wurde dargelegt, wie sich das Kundenverhalten in den letzten Jahren verlagerte. So war der Einnahmenanteil der bedienten Verkaufsstellen 2008 noch bei 55 Prozent, im Jahr 2014 waren es gerade noch 38 Prozent. Dabei ist der Verkauf in den Bussen miteingerechnet. Ob dieser Wechsel im Kundenverhalten primär durch die Kunden selbst oder durch eine Attraktivitätssenkung der bedienten Verkaufsstellen primär forciert wurde, lässt sich wie bei vielen Huhn-Ei-Problematiken schwer abschliessend klären.

Weiter muss festgestellt werden, dass der Betrieb der Verkaufsstelle weder eine Zuständigkeit des Kantons Zürich noch des ZVV (*Zürcher Verkehrsverbund*) ist. Dieser obliegt nämlich der SBB. Mit der letzten verabschiedeten ZVV-Strategie konnte der Grundsatz festgelegt wer-

den, dass 90 Prozent der Bevölkerung innerhalb von 20 Minuten zu Fuss oder per Velo einen bedienten Schalter erreichen kann. Damit verfügt der Kanton Zürich über eine überdurchschnittliche Grundversorgung von bedienten Verkaufsstellen. Möchte man noch mehr bediente Verkaufsstellen, dann stellt sich auch schnell die Frage nach den Kosten, denn gratis ist dieser Service public nicht.

Da in der Postulatsbegründung ebenfalls die Frage gestellt wurde, ob es gerecht sei, wenn Gebiete ohne bediente Schalter gleich viel an den ZVV zahlen wie Gebiete mit, wurde diese Thematik in der Kommission ebenfalls andiskutiert. Eine ausführliche Diskussion würde letztlich allerdings zu einer Diskussion über die Verordnung zum Kostenverteiler führen, was über den Postulatstext hinausgehen würde. Und es muss festgestellt werden, dass sich bis anhin der Kostenverteiler bewährt hat und politisch gut akzeptiert ist.

Gestützt auf den Bericht des Regierungsrates beantragt Ihnen die einstimmige KEVU die Abschreibung des Postulates. Mögen nun also auch die toten Bahnhöfe bald in Frieden ruhen. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Ratspräsidentin Theresia Weber: Nun hat das Wort Matthias Hauser. Denken Sie daran: Die Redezeit beträgt zwei Minuten.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Auf zwei Minuten bin ich jetzt wirklich nicht vorbereitet, ich habe mit länger gerechnet (*Heiterkeit*). Jetzt muss ich ein wenig pressieren. Also, bediente Bahnhöfe haben folgende Vorteile:

Erstens ist bei komplizierten Tickets eine Face-to-Face-Beratung die angenehmste und einfachste Methode. Es gibt komplizierte Tickets, die man am ZVV-Telefon nicht lösen kann. Man zahlt 1.19 Franken, wenn man die SBB anruft. Es ist nicht alles möglich am Billettautomaten und am Telefon. Zweitens ist es so: Die Gepäckaufgabe funktioniert jetzt wirklich nur am bedienten Bahnhof. Und drittens gibt es an unbedienten Bahnhöfen oft ein Unsicherheitsgefühl. Der Nutzen von bedienten Bahnhöfen ist anerkannt, deshalb sollen ja 90 Prozent der Bevölkerung innerhalb von 20 Minuten einen bedienten Bahnschalter erreichen. Im Rafzerfeld ist das für 17'000 Personen, die im Einzugsgebiet dieser Bahnhöfe leben, eben nicht der Fall. Solange die Egli-sauer Umfahrung nicht gebaut ist, haben wir mindestens eine Dreiviertelstunde bis zum nächsten bedienten Bahnhof. Das ist kein Service public.

Das Postulat hatte noch einen zweiten Teil, und zwar die Gerechtigkeit im ZVV. Die Gemeinden bezahlen pro Anzahl Halte, die der öffentliche Verkehr in den Gemeinden macht, die ZVV-Beiträge. Und nun kommt es, dass gewisse Bahnstationen, also insgesamt 40 im Kanton, über eine Leistungsvereinbarung vom ZVV querfinanziert werden, zum Beispiel Turbenthal oder Bauma, und somit die Hüntwangerer, die Rafzer, die Eglisauer, einfach diese Steuerzahler, daran bezahlen, dass wir dort Bahnschalter offen lassen, die garantiert kein Einzugsgebiet von 17'000 Personen haben. Das ist eine Ungerechtigkeit, die ist anerkannt, die wollten wir mit dem Postulat auflösen. Daran muss noch gearbeitet werden.

Nun, man kann die Schalter nicht mehr öffnen, deshalb kann das Postulat abgeschrieben werden. Stellen Sie bitte Ticketsautomaten in unsere Dorfzentren oder richten Sie einen Billettverkauf in einem Laden ein im Dorf. Das würde viel bringen. Das ist ein Hinweis, was man machen könnte. Ich habe hoffentlich geschlossen. Ist es so? Okay.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Nicht nur hoffentlich, sondern definitiv (*Heiterkeit*).

Felix Hoesch (SP, Zürich): Geschätzter Direktor des ZVV auf der Tribüne (*Franz Kagerbauer*), herzlichen Dank für den Besuch.

Dieses Postulat hätte bei uns ja gerne offene Türen ingerannt, aber es hätte nur offene Türen ingerannt. Denn bei der aktuellen Sparpolitik können wir uns leider eine flächendeckende Versorgung mit bedienten Bahnhöfen nicht mehr leisten. Wir dagegen wollen das Geld viel lieber für die Linien ausgeben, die auch wirklich noch benutzt werden von den Menschen, auch auf schlecht ausgelasteten Linien auf dem Land. Aber auch hier, die Frage war – der ZVV konnte sie uns leider auch nicht ganz beantworten: War zuerst die verstärkte Nutzung der mobilen Verkaufsangebote oder zuerst der Abbau der bedienten Bahnhöfe? Diese klassische Huhn-Ei-Frage ist auch bei dieser Frage sehr schwierig. Auf alle Fälle nimmt das Mobile-Ticketing zu und so kann auch in Zukunft die Bevölkerung von Zürich den öffentlichen Verkehr mit einem gültigen Fahrausweis nutzen, wofür wir danken. Wir unterstützen die Abschreibung dieses Postulates. Vielen Dank.

Olivier Hofmann (FDP, Hausen a. A.): Zu dieser Vorlage habe ich ein kurzes und ein längeres Statement. Das kurze Statement lautet: Die FDP ist mit der Abschreibung dieses Postulates einverstanden. Das längere Statement ist: Ich durfte hier im Kreis 1 aufwachsen und viele

Jahre in Zürich wohnen und arbeiten. Vor acht Jahren bin ich nach Hausen am Albis gezogen. Dabei habe ich am eigenen Leib erfahren, was es bedeutet, in einer Region zu wohnen, die mit dem ÖV deutlich weniger gut erschlossen ist als die Stadt Zürich. Ja, es gäbe einiges, was man auf dem Land ÖV-mässig verbessern könnte. Doch haben wir dazu auch das nötige Geld? Nicht alles, was wünschbar ist, ist bezahlbar. Wir tun gut daran, dass wir uns periodisch immer wieder fragen, wofür wir unsere Steuergelder einsetzen wollen und wie hoch der Kostendeckungsgrad sein soll. Auch wenn dieser heute im schweizerweiten Vergleich hoch ist, heisst dies nicht, dass er nicht noch weiter erhöht werden kann und weiter erhöht werden soll. Die Wiedereinführung eines bedienten Schalters in Rafz würde gemäss den SBB jährlich rund 600'000 Franken kosten. Dieses Geld kann nach unserer Meinung an anderer Stelle besser eingesetzt werden.

Die FDP ist mit der Abschreibung des Postulates einverstanden.

Barbara Schaffner (GLP, Otelfingen): Die Benutzung des ÖV sollte für möglichst viele Leute möglichst attraktiv sein. Idealerweise hat jeder und jede vor der Haustür eine Haltestelle mit Bahnschalter. Aber natürlich geht das nicht. Es braucht einen Mindestumsatz, damit diese Dienstleistungen erbracht werden können. Der ZVV überprüft seine Leistungen und das Kundenverhalten regelmässig. Als Reaktion darauf werden unter anderem auch bediente Bahnschalter geschlossen. Mit dem Abbau von Leistungen, die weniger nachgefragt werden, gehen beim ZVV aber auch Leistungen einher, die ausgebaut werden. Die Stichworte dazu haben Sie gehört: Mobiles Ticketing, fernbediente Automaten und anderes.

Bei der Frage der bedienten Bahnhöfe im Rafzerfeld hat sich eine Partei vor den Karren von Lokalinteressen spannen lassen und fordert höchst unrentable Leistungen vom ZVV. Aus der gleichen Ecke werden aber immer wieder Rufe laut, den Kostendeckungsgrad des ZVV zu erhöhen. Da frage ich mich, wie das aufgehen soll. Vermutlich soll dann eine Region dafür zahlen, die weniger gut lobbyiert.

Wir Grünliberalen haben das Postulat schon bei der Überweisung trotz entgegengesetzter Interessen unserer Lokalsektion nicht unterstützt. Wir unterstützen dafür den ZVV bei seinen Bemühungen, seinen guten Kostendeckungsgrad bei einem insgesamt guten Angebot zu halten. Wir sabotieren seine Arbeit nicht mit übertriebenen Forderungen, weder in die eine noch in die andere Richtung. Das Postulat kann abgeschrieben werden.

Robert Brunner (Grüne, Steinmaur): Das Beste am Postulat von Matthias Hauser ist der Titel, er verlangt Gerechtigkeit in einem Bereich des Service public. Selten wird die Doppelstrategie der SVP besser sichtbar als hier: Auf der einen Seite wollen Sie die Ressourcen des Kantons mit Ihrem Antrag auf Senkung des kantonalen Steuerfusses beschränken, mit Optimierung und Effizienzsteigerung ist ja alles möglich. Das darf dann aber auf keinen Fall die Qualität des Service public in Ihren Hochburgen im Hinterland beeinträchtigen. Der Widerspruch ist offensichtlich. Wie Sie ihn auflösen wollen, interessiert Sie dann nicht mehr. Der Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen, sei es das Angebot des öffentlichen Verkehrs, sei es die Zugänglichkeit zu Dienstleistungen der Post, ist im dünner besiedelten Hinterland ein breit diskutiertes Thema. Der Druck auf unsere «Bonsai-Gemeinden» führt dann auch zu längeren Wegen in die Schulen oder zu einer Gemeindeverwaltung. Was bringt es diesen Dörfern, wenn sie ein Billett in der Gemeindeverwaltung, beim VOLG (*Detailhandelsgenossenschaft*) oder auf der Post lösen können, wenn Sie absehbar keine Gemeindeverwaltung mehr haben, die Post schon lange geschlossen ist und der VOLG die Filiale aufgelöst hat? Sie werden in Kürze selber lesen können, wie hoch der Kostendeckungsgrad der Buslinien nach Bachs, Kyburg, Regensberg, Schleinikon, Sternenberg oder Wasterkingen ist. Gerechtigkeit im Service public hat eine finanzielle Komponente, Gerechtigkeit ist nicht gratis.

Laura Huonker (AL, Zürich): Die Alternative Liste unterstützt die Abschreibung. Es ist ja wunderbar, was Fernverkaufsstellen alles ermöglichen, nämlich die Möglichkeit, dass wir rund um die Uhr unsere Reisegeschäfte erledigen können, an Automaten, über Callcenters, via Internet oder Smartphone. Das erleichtert im mobilen Alltag viel. Trotzdem, mit beschleicht eine Wut. Ich finde kaum mehr ein Gegenüber irgendwo. In der Migros (*Detailhandelsunternehmen*) scanne ich meine Einkäufe selber, am Flughafen checke ich über einen automatischen Ticketleser ein und in der Sushi-Bar ordere ich per Computer mein Essen. Wo bleibt der menschliche Kontakt? Er geht uns verloren. Die digitale Freiheit wird zu einem Gefängnis. Wir gucken in Bildschirme und verlieren den Selbstkontakt, den Kontakt zu anderen. Es ist aber so: Wir trainieren unsere empathischen Fähigkeiten über Kontakt, und Empathie ist ein Schlüssel der Evolution. Menschen sind Säugetiere, Säugetiere sind auf Kontakt angewiesen, über das Gesicht, die Augen, über den Körper und Berührung. Kontakt verbindet uns, macht uns lebendig. Ein toter Bahnhof weniger würde bedeuten, dass wir unsere menschlichen Bedürfnisse schützen, unser Menschsein

nicht immer und überall dem Diktat der Ökonomie, der Effizienz, der Professionalisierung verkaufen. Es würde bedeuten, dass Kontakt, das im Miteinander geleitete Direkte, in seinem spontanen Ausdruck ein Wert wäre. Diese Währung bereichert und nährt uns von innen. Empathie befähigt uns zu fühlen, was ein anderer fühlt. Das ist unser Kapital. Wir sollten in der Übung bleiben.

Stefan Hunger (BDP, Mönchaltorf): Die BDP unterstützt die Abschreibung. Das Kosten-Nutzen-Verhältnis rechtfertigt einen bedienten Bahnhof nicht mehr. Der Entscheid der SBB, an nicht mehr hochfrequentierten Bahnhöfen Billettautomaten aufzustellen, hat sich bewährt. Bei Sonderwünschen können Mehrfahrtenkarten bestellt oder an grösseren Bahnhöfen bezogen werden. Im Rafzerfeld wieder einen bedienten Bahnhof zu installieren, wäre – wir haben es gehört – zu teuer und würde nicht einem Kosten-Nutzen-Verhältnis entsprechen, insbesondere auch deshalb, weil heute viele Bahnfahrer bereits über ein GA (*Generalabonnement*) verfügen respektive ihre Tickets elektronisch bestellen. Es ist ja lobenswert, wie sich Matthias Hauser für seine Region einsetzt, in der Frage der betreuten Bahnhöfe müssen jedoch die Gesamtinteressen über den persönlichen Interessen stehen. Ich hoffe, dass auch die zwischenmenschlichen Kontakte trotz nicht bedienter Bahnhöfe auch in Zukunft gepflegt werden können.

Mauro Tuena (SVP, Zürich): Bediente Bahnhöfe wären von Vorteil, glauben Sie mir, ich habe da so meine eigenen Erfahrungen gemacht (*Heiterkeit*). Nun ist es aber so, und das ist der Grund, warum wir mit der Abschreibung dieses Postulates einverstanden sind: Der Kanton Zürich hat heute im Vergleich zur restlichen Schweiz eine Überversorgung an bedienten Verkaufsstellen. Der Bund finanziert diese Kosten zu einem Drittel mit, ist aber nicht bereit, eine noch grössere Differenz gegenüber dem Landesdurchschnitt mitzutragen. Das heisst, der ZVV, und mit ihm auch die Zürcher Gemeinden, müssten bereit sein, einen höheren Anteil an den Vertriebskosten zu tragen. Die Folge wäre ein noch höherer Kostenzuschlag für die Gemeinden mit Verkaufsstellen mit entsprechend stärkeren Widerständen. Nun, wenn man dieses Postulat für den ganzen Kanton Zürich umsetzen würde, dann, hat uns die Volkswirtschaftsdirektion beziehungsweise der ZVV gesagt, würde das Kosten von ungefähr 18 Millionen Franken nach sich ziehen, 18 Millionen Franken, die wir in der heutigen Situation wohl nicht haben. Es bleibt noch anzumerken, dass der ZVV mit innovativen Lösungen bezüglich der Tickets gut vorangeht. Es gibt den

SMS-Dienst, neu wird es eine App (*Applikation für Mobilgeräte*) geben. Es gibt also Möglichkeiten, um die Tickets zu lösen, ohne dass man zu einem Billettautomaten laufen muss.

Ich bitte Sie entsprechend, dieses Postulat abzuschreiben.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Niemand will tote Bahnhöfe, das möchte ich an dieser Stelle ausdrücklich erwähnen. Die Frage geht darum, wie viel Bedienung man an den Bahnhöfen will. Das Postulat aus dem Jahr 2009 hatte ja zum Ziel, dass mindestens eine Bahnstation zwischen Bülach und Schaffhausen bedient sein soll, respektive dass eben eine Verkaufsstelle wiedereröffnet werden soll. In der Zwischenzeit, also seit dieser Postulatseinreichung, haben sich die Tendenzen, die wir damals schon ausgeführt haben, allerdings noch verstärkt, das heisst, sie haben sich noch beschleunigt. Was meine ich damit? Es ist halt einfach so: Immer mehr Fahrgäste erwarten Beratungs- und Verkaufsdienstleistungen rund um die Uhr. Und sie erwarten es überall. Dabei stehen halt auch die modernen Technologien im Zentrum. Diese Entwicklung zeigt sich auch bei den Absatzzahlen: An den bedienten Verkaufsstellen im ZVV werden nur noch gerade 12 Prozent der Tickets abgewickelt, sprich verkauft. Und da ist es meines Erachtens müssig, darüber zu diskutieren, ob es nun das Huhn oder das Ei ist. Es ist schlicht und einfach Realität, dass die neuen Technologien genutzt werden und immer beliebter sind. In den nächsten Jahren dürfte dieser Anteil auch wegen der Einführung der nationalen Chipkarte Swissspass weiter zunehmen. Der wirtschaftliche Druck auf die klassischen Billettschalter wird also noch grösser werden. Allerdings schaut nun der ZVV dieser Entwicklung nicht einfach zu und ist untätig. Er hat seine Vertriebskanäle bereits laufend diesen wandelnden Bedürfnissen angepasst. Der letzte Streich war übrigens im Oktober dieses Jahres mit dem sogenannten ZVV-Ticket-App. Das heisst, innert weniger Sekunden können Sie ein ZVV-Ticket mit Ihrem Smartphone lösen. Und auch die persönliche Beratung – das ist uns sehr wohl bewusst –, auch die persönliche Beratung soll es in Zukunft geben. Aus diesem Grund können die Kundinnen und Kunden bei Bedarf weiterhin zum Beispiel das Telefon in Anspruch nehmen, E-Mails an den ZVV, Briefe an den ZVV oder den ganzen SBB-Railservice. Sogar die Ticketautomaten – das wissen viele gar nicht – haben eine Verbindung zu den Callcentern und können den Kundinnen und Kunden helfen. Der Fahrgast muss dann nur noch bezahlen. Und an viel frequentierten und gut erreichbaren Knotenpunkten des öffentlichen Verkehrs bleiben weiterhin Kundencenter mit hochstehenden Beratungen auch in Bezug auf die Mobilität im ZVV bestehen.

Die vom Kantonsrat in den Grundsätzen des ZVV definierte flächen-deckende Versorgung mit Beratung und Verkauf ist also trotzdem si-chergestellt. Aber eine Wiedereröffnung von Verkaufsstellen, auch derjenigen in Rafz oder Eglisau, ist halt einfach angesichts dieser Entwicklungen und der damit verbundenen schwindenden Wirtschaft-lichkeit von bedienten Verkaufsstellen nicht angezeigt. Der ZVV ist auch daran interessiert, sein Liniennetz so wirtschaftlich und so kos-tendeckend wie immer zu betreiben. Ich bin stolz, als «oberste Träm-lerin» im öffentlichen Verkehr sagen zu können, dass der Kostendeckungsgrad des ZVV schweizweit einmalig hoch ist. Wir werden da-für sorgen, dass es weiterhin so ist, dass wir unsere Anpassungen bei den Preisen alle zwei Jahre, wie wir das gewohnt sind, fortsetzen und so auch weiterhin eine hohe Akzeptanz haben für das, was der öffent-liche Verkehr in diesem Kanton Zürich betreibt. Ich glaube, der gest-rige Abstimmungssonntag hat den ZVV und seine Strategie, halt auch was die Bedienung der Bahnhöfe betrifft, klar bestätigt.

In diesem Sinne bitte ich Sie, das Postulat so nun abzuschreiben.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Die vorberatende Kommission schlägt die Abschreibung des Postulates vor. Ein anderer Antrag wur-de nicht gestellt. Somit ist das Verfahren beendet.

Das Postulat 270/2009 ist abgeschrieben.

Das Geschäft ist erledigt.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wir haben heute Kantonsrätinnen und Kantonsräte zu verabschieden. Das möchte ich tun nach elf Uhr. Daher möchte ich beliebt machen, jetzt Traktandum 9 vorzuziehen. Sie sind damit einverstanden.

9. Bewilligung von Beiträgen an die Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing von 2016 bis 2019

(Ausgabenbremse)

Antrag des Regierungsrates vom 15. April 2015 und geänderter An-trag der Kommission für Wirtschaft und Abgaben vom 20. Oktober 2015

Vorlage 5182a

Roger Liebi (SVP, Zürich), Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK): Die Kommission beantragt Ihnen mehrheitlich, einem Objektkredit von 8,39 Millionen Franken für die Jahre 2016 bis 2019 an die Stiftung Greater Zürich Area Standortmarketing, kurz GZA, zu bewilligen.

Einstimmig stellt die WAK den Antrag, den Regierungsrat zu beauftragen, mit der GZA Verhandlungen zu führen, dass ab 2017 der jetzige Beitragsschlüssel von der Bevölkerungszahl entkoppelt wird und die jährlichen Beiträge der Mitgliedskantone nicht höher ausfallen als im Zeitraum 2012 bis 2015.

Für die nun zu Ende gehende Periode 2012 bis 2015 bewilligte der Kantonsrat am 21. November 2011 einen Kredit von 8,24 Millionen Franken.

Die Greater Zurich Area AG betreibt seit 1999 das Standortmarketing für den Wirtschaftsraum Zürich, insbesondere im Ausland. Der als Public Private Partnership organisierte Standortmarketingorganisation gehören nebst den Städten Winterthur und Zürich und dem Kanton Zürich als Standortkanton weitere sieben Kantone, nämlich Glarus, Graubünden, Luzern, Schaffhausen, Schwyz, Solothurn und Uri, sowie – und das erscheint mir nicht unwichtig – 21 Firmen aus der Privatwirtschaft an. Für die GZA sind 15 Mitarbeitende an den Standorten Zürich, an der West- und Ostküste der USA sowie in Shanghai und Peking tätig. Das diesjährige Jahresbudget beträgt rund 4 Millionen Franken. Im Zeitraum von 2009 bis 2013 wurden 464 Unternehmen in die Greater Zurich Area angesiedelt, davon zwei Drittel im Kanton Zürich. Ende 2013 waren – Klammer: immer noch – 406 im Wirtschaftsraum Zürich domiziliert. Die Neuansiedlungen waren mit rund 4200 neuen Arbeitsstellen verbunden.

Vor vier Jahren stand die Strategie der GZA im Zentrum der Diskussionen. Zudem forderte die Politik eine stärkere Beteiligung der Privatwirtschaft. Man kann sagen, der Ruf des Parlamentes wurde gehört. In den letzten vier Jahren konnte die Stiftung den Finanzierungsanteil der Privatwirtschaft von 680'000 Franken auf 882'500 Franken im Jahr 2014 und auf geschätzte 1 Million Franken per Ende dieses Jahres erhöhen, was etwa ein Viertel aller Beiträge ausmacht und im europäischen Vergleich, das darf man ruhig sagen, beispiellos ist, auch wenn sich unter den 21 Partnerorganisationen sieben Unternehmen befinden, die zumindest teilweise im Besitz des Staates sind, wie etwa die Zürcher Kantonalbank oder die Flughafen Zürich AG.

Die Kommission ist sich entsprechend einig darin, dass die Erwartungen erfüllt wurden, die vor vier Jahren in die strategische Neuausrich-

tung der GZA gesetzt wurden. Im Gegensatz zu früher liegt heute ein überdurchschnittliches Bekenntnis zur Standortmarketingorganisation vor. Das kommt nicht von ungefähr, konnte die GZA doch glaubhaft darlegen, dass für jeden investierten Franken vier bis fünf Franken allein an Steuern zurückfliessen. Andere volkswirtschaftliche Faktoren, wie zum Beispiel Konsumausgaben der Angestellten, Aufträge an das Gewerbe et cetera, sind dabei noch nicht einmal mit eingerechnet. Untermuert werden diese Daten in einem Evaluationsbericht des Beratungsunternehmens Ernst & Young vom letzten Jahr, und Sie können auch aus der Vorlage des Regierungsrates die entsprechenden Daten und Beschreibungen mitnehmen.

In der Kommission ist ebenso unbestritten, dass der GZA im zunehmend verschärften globalen Standortwettbewerb eine wichtige Bedeutung zukommt. Hingegen kritisierten die Vertreterinnen und Vertreter aller Fraktionen den erneut beantragten unveränderten Verteilschlüssel von 1.50 Franken pro Einwohnerin und Einwohner in den Mitgliedskantonen. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, welchen Einfluss die Bevölkerungszahl auf die operative Tätigkeit der GZA haben soll. Die Kommission lehnt diesen Automatismus für die Folgeperiode von 2016 bis 2019 einstimmig ab. Sie beantragt gemäss Ziffer römisch II des Beschlussdispositivs, dass der Regierungsrat beauftragt wird, mit der GZA Verhandlungen aufzunehmen, damit ab 2017 die jährlichen Beiträge der Mitgliedskantone vom Verteilschlüssel von 1.50 Franken pro Einwohnerin und Einwohner entkoppelt werden. Zudem sollen die jährlichen Beiträge nicht höher ausfallen als diejenigen der zu Ende gehenden Periode, also nicht mehr als 2,06 Millionen Franken pro Jahr betragen.

Bei der Höhe der Beitragsleistung für den Zeitraum von 2016 bis 2019 war sich die Kommission nicht einig. Die Kommissionsmehrheit beantragt deshalb bereits jetzt und nicht zuletzt aufgrund der angespannten Finanzlage des Kantons einen gegenüber der regierungsrätlichen Vorlage angepassten Kredit in der Höhe von 8,39 Millionen Franken, und zwar fürs nächste Jahr 2,165 Millionen Franken wie vom Regierungsrat beantragt, und für die drei folgenden Jahre in der Höhe von 2,075 Millionen Franken. Der Gesamtbetrag erhöht sich gegenüber der letzten Vierjahresperiode um 150'000 Franken beziehungsweise umgelegt 37'500 pro Jahr.

Die SP-Vertretung beantragt, den Kredit nur für die Jahre 2016 und 2017 zu bewilligen und die Höhe auf der Basis der laufenden Periode festzusetzen, was einem Betrag von 4,12 Millionen Franken für die nächsten zwei Jahre entspricht. Sie argumentiert zum einen damit, dass angesichts der geplanten Einsparungen des Kantons von 1,8 Mil-

liarden Franken in den nächsten Jahren auch die Empfängerinnen und Empfänger von Staatsbeiträgen Kürzungen hinzunehmen hätten. Zum anderen werden auch die Unsicherheiten bei der Personenfreizügigkeit als Folge der Masseneinwanderungsinitiative ins Feld geführt. Vor diesem Hintergrund sei es unklar, in welchem Umfang noch Firmenansiedlungen möglich sein würden.

Ein weiterer Minderheitsantrag wird seitens der Grünen und GLP gestellt. Ihrer Ansicht nach soll der vom Regierungsrat beantragte Kredit um die Hälfte reduziert und für die nächsten vier Jahre somit auf 4,33 Millionen Franken festgesetzt werden. Begründet wird die Halbierung des Beitrags insbesondere damit, dass explizit die grüne Wirtschaft zu fördern sei.

Meine Damen und Herren, gerade in einem Umfeld der unsicheren konjunkturellen Entwicklung, in einem Umfeld offen angekündigten oder im Hintergrund ablaufenden Abbaus von Zehntausenden von Arbeitsplätzen in der ganzen Schweiz, in einer Zeit des dynamischen Wandels der Konkurrenz der internationalen Volkswirtschaften weit über Europa hinaus sind wir auch – und gerade als Parlamentarier – gefordert, zu handeln, nicht durch kurzfristig wirkende Anreizsysteme, sondern durch den Erhalt und die Schaffung lang und nachhaltig wirkender Standortvorteile. Die Aufgabe der GZA ist es, diese unsere Schweizer und Zürcher Vorteile aktiv nach aussen in die Unternehmenswelt zu transportieren und die Unternehmen auf dem Weg bis zur Ansiedlung zu betreuen. Das schafft Interesse und Vertrauen und muss natürlich – das ist unser Anspruch an die GZA – zu zusätzlichen Steuereinnahmen und Arbeitsplätzen, sowohl direkt wie indirekt führen.

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben beantragt Ihnen mehrheitlich, für die Beiträge an die Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing im Zeitraum von 2016 bis 2019 einen Objektkredit von 8,39 Millionen Franken zu bewilligen. Einstimmig beantragt Ihnen die WAK, den Regierungsrat zu beauftragen, mit der GZA Verhandlungen im Sinne von Ziffer römisch II des Beschlussdispositivs zu führen.

Urs Waser (SVP, Langnau a. A.): Die SVP-Fraktion unterstützt den Mehrheitsantrag der WAK. Mit der geleisteten Arbeit der GZA der letzten Jahre sind wir grundsätzlich zufrieden. Der Erfolgsausweis lässt sich sehen. Jedoch müssen wir alle in finanziell «harzigen» Zeiten den Gürtel etwas enger schnallen. Die jährlichen Beiträge von 1.50 Franken pro Einwohner sind seitens der GZA zu überdenken und an

die neuen finanziellen Gegebenheiten des Mehrheitsantrags der WAK anzupassen. Dies aufgrund der Plafonierung des Gesamtbetrages. Von einem investierten Franken resultieren Steuererträge von rund fünf Franken. Auch die 4165 neuen Arbeitsstellen, die geschaffen wurden, sind zu berücksichtigen. Denn eine starke Wirtschaft schafft Arbeitsplätze zum Wohl der Bevölkerung und ihrer Zufriedenheit. Als Unternehmer sehe ich, wie zurzeit viele Betriebe zu kämpfen haben. Deutsche Standortförderungsprogramme werben mit guten Argumenten. Dem gilt Einhalt geboten. Für die SVP ist es wichtig, dass der Wirtschaftsstandort Zürich seine Stellung behaupten kann.

Im Namen der SVP bitte ich Sie, dem vorliegenden Antrag zuzustimmen, und der GZA wünschen wir viel Erfolg bei ihrer Arbeit.

Benedikt Gschwind (SP, Zürich): Zuerst ein paar Bemerkungen grundsätzlich zur Standortförderung: Wir erleben zurzeit einen grossen Strukturwandel in unserer realen Wirtschaft, es wird oft auch das Stichwort «Deindustrialisierung» verwendet. Wir lesen und hören von vielen Arbeitsplatzverlusten und Verlagerungen ins Ausland. Und wir von der SP glauben schon, dass hier auch Gegenmassnahmen erforderlich sind. Nebst einer wichtigen Massnahme, die für uns immer wichtig ist, der Stärkung des Forschungs- und Bildungsstandortes oder der Pflege der Infrastruktur, ist dies eben auch die Standortförderung. Gleichzeitig können wir mit diesen Massnahmen, die vor allem auf Unternehmen im IT-Bereich, im Life-Science-Bereich oder bei der Präzisionstechnologie ausgerichtet sind, auch die Abhängigkeit vom Finanzplatz reduzieren. Was die Abhängigkeit vom Finanzplatz im Kanton Zürich und vor allem auch in der Stadt Zürich anbelangt, haben wir ja in den letzten Jahren gesehen, was passiert, wenn die Grossbanken über längere Zeit keine Steuern mehr bezahlen.

Die SP-Fraktion würdigt auch die Umsetzung der Strategie der GZA mit dieser Fokussierung, diese wurde ja auch von unserer Seite her gewünscht und ist hier sicher auf gutem Weg. Wo wir noch nicht ganz zufrieden sind, das ist bei der Evaluation der Massnahmen. Es wurde zwar der Bericht von Ernst & Young erwähnt, aber für uns vermag er noch nicht alle Fragen zu beantworten, was denn der konkrete Nutzen der Massnahmen sei. Es bringt nur etwas, Geld dort auszugeben, wo man dann eben auch wirklich den direkten Zusammenhang sieht. Hier wünschen wir uns das Monitoring noch verstärkt, vor allem auch, um für einen längeren Zeitraum die Folgen der Massnahmen zu beurteilen.

Sie haben es gesehen in der a-Vorlage, wir haben einen Minderheitsantrag gestellt, weil für uns die Verpflichtung für vier Jahre zu lang ist. Es gibt dafür verschiedene Gründe: Einerseits sind wir auch von unserer Seite her unzufrieden mit dem Verteilschlüssel, dem Kostenschlüssel. Da konnte ja der Kantonsrat nie etwas dazu sagen. Diese Vereinbarung, dass jeder Kanton 1.50 Franken pro Einwohner in die Standortförderung einbezahlt, diese Verbindung von Einwohnerzahl und Höhe des Beitrags im Zusammenhang mit der Wirtschaftsförderung ist für uns überhaupt nicht plausibel. Der Kanton Zürich beteiligt sich auch in anderen Bereichen immer überproportional an der interkantonalen Zusammenarbeit. Es ist für uns hier wirklich nicht einsehbar, warum die Einwohnerzahl gilt. Das ist einmal der erste Punkt.

Dann haben wir eine angespannte Finanzlage im Kanton. Viele Beitragsempfänger, auch im sozialen Bereich, müssen Einschränkungen in Kauf nehmen. Wir sehen nicht ein, wieso hier die GZA mit einem Vierjahres-Kredit privilegiert werden soll. Und ausserdem ist – wir haben das auch in der Kommission gesagt – im Zusammenhang mit der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative im Moment noch sehr vieles unklar. Wir wissen da wahrscheinlich in zwei Jahren mehr, wie weit in diesem Ausmass überhaupt noch neue Unternehmen hier ansiedeln wollen und können.

Das ist der Grund, wieso wir diesen Kredit nur für zwei Jahre bewilligen wollen und damit vor allem auch den Druck ein bisschen erhöhen wollen, dass hier wirklich ein neuer Verteilschlüssel ausgehandelt wird. Sie haben es ja gesehen, die Kommission hat im Dispositiv eine Ziffer II eingefügt, die diese Verpflichtung an die Regierung beinhaltet. Wir unterstützen dies auch, wollen mit unserem Minderheitsantrag den Druck hier aber noch ein bisschen erhöhen. Ich bitte Sie deshalb um Unterstützung unseres Antrags.

Andreas Geistlich (FDP, Schlieren): Standortförderung ist essenziell und es geht dabei nicht nur um die Steuern und die Arbeitsplätze der juristischen Personen, die uns an dieser Stelle interessieren müssen. Die Ansiedlung von internationalen Unternehmen bringt auch frische und neue Gene in die einheimische Wirtschaft und befruchtet diese so. Und noch etwas, das man nicht vergessen sollte: Die internationale Konkurrenz der Standorte ist gross geworden und es kommt auch vor, dass Firmen abgeworben werden. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die Antwort des Regierungsrates auf die Anfrage von Parteikollege Habegger (*Beat Habegger*) von letzter Woche und halte fest: Stillstand bedeutet Rückschritt, auch in der Standortförderung.

Nun, unsere Standortförderung hat zwei Gesichter, zwei Aufgaben: Während die GZA als Botschafterin gegen aussen auftritt, kümmert sich die kantonale Wirtschaftsförderung um die nicht weniger wichtige Bestandespflege. Diese gelebte Aufgabenteilung sowie auch die Fokussierung der GZA auf Zielbranchen einerseits und auf Zielmärkte andererseits legten die Basis für ein höchst erfreuliches Arbeiten der GZA in den vergangenen vier Jahren. Wir haben es gehört, der Bericht von Ernst & Young belegt diesen Leistungsausweis eindrücklich: Über 400 angesiedelte Firmen, über 4000 angesiedelte Stellen, 150 Millionen generiertes Steuersubstrat bei investierten Steuergeldern von 30 Millionen und – auch nicht ganz unwesentlich – eine Zunahme der privaten Finanzierung von 20 auf 30 Prozent. Und dies alles – das sei vielleicht auch ein bisschen an die Adresse, von Benedikt Gschwind und der SP gesagt – in einer Zeit, in welcher, sagen wir mal, erklärungsbedürftige Phänomene, wie die Bonzensteuer-Initiative, die Mindestlohn-Initiative, die 1:12-Initiative, den Standort Zürich oder die Schweiz generell nicht gerade leicht verkäuflich machten.

Der gute Return on Invest würde also einen Ausbau der GZA und deren Finanzierung durchaus rechtfertigen. Und wir alle hier sollten eigentlich die Einsicht haben, dies auch zu tun. Denn als Kantonsräte, die wir uns jedes Jahr und in Zukunft vielleicht noch viel mehr auf der Ausgabenseite des Budgets abquälen, sollten wir uns auch ab und zu Gedanken machen über die Herkunft der Steuern. Und die SP, um das vorwegzunehmen, die mit ihrem Minderheitsantrag auf Laufzeitreduktion auf zwei Jahre die GZA-Beiträge den kommenden Sparrunden aussetzen möchte, argumentiert deshalb völlig kontraproduktiv, weil dieser eben an diesem Ast sägt, auf dem wir alle sitzen. Die GZA-Beiträge von heute generieren einen Teil des Steuersubstrats von morgen. Wir werden diesen SP-Minderheitsantrag deshalb ablehnen, aber auch deshalb, weil Standortmarketing vor allem auch Beziehungsmanagement und Netzwerkpflge ist, die man nicht beliebig hoch- und runterfahren kann. Es braucht Konstanz und Planungssicherheit.

Es ist für die FDP aber angezeigt, dass die GZA bei der Finanzierung noch vermehrt private Gönner berücksichtigen sollte, und wir unterstützen den Plafonierungsantrag, der Ihnen nun als a-Version der Vorlage vorliegt. Dieser sieht vor, dass der kantonale Beitrag für das erste Jahr gemäss dem bestehenden Stiftungsstatut der GZA 1.50 Franken pro Kopf beträgt und dass er ab 2017 auf das Niveau der Periode 2012 bis 2015 zurückgefahren wird. Der GZA-Stiftung wird so ein Jahr Zeit bleiben, selber mit ihren Mitgliedern einen neuen Finanzierungs-

schlüssel zu finden und, wie ich doch hoffe, der WAK zu präsentieren. Dies ist fair und zielführend zugleich.

Wir empfehlen Ihnen, dieser Vorlage zuzustimmen. Besten Dank.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.): Wer ernten will, muss säen. Noch habe ich das Bild von meinem Vater vor mir, wenn er kleinere Ackerfelder von Hand angesät hat. Mit einem Becken vor dem Bauch und mit gemessenem Schritt hat er die Saatkörner so genau wie möglich dosiert, nach links und nach rechts verteilt und natürlich auch in die Mitte. Um mit dieser Methode, die Saatmenge präzise zu verteilen, braucht es grosses Können und viel Gefühl. Nur so konnte am Schluss auch eine der Investitionen entsprechende Ernte eingefahren werden.

Die vom Kantonsrat für die vergangenen vier Jahre gesprochenen Mittel haben ebenfalls substanzielle, nachhaltige Ernteresultate gebracht. Wir haben es gehört: Über 400 Firmen konnten in der genannten Zeitspanne nicht nur angesiedelt werden, sondern sind auch heute noch in der GZA domiziliert. Das bedeutet konkret mehr als 4000 Arbeitsplätze oder, wie auch schon gehört, Steuereinnahmen von rund 150 Millionen Franken. Mit gesamthaft 30 Millionen Investition konnte somit durch jeden investierten Franken fünf Franken Ertrag generiert werden.

Wenn wir nun über die Kreditsprechung an die GZA beraten, geht es genau um die eingangs erwähnte Dosierung. Das Saatgut oder, in unserer Sprache gesagt, die Investitionen, die wir tätigen können, müssen weise und zielgerichtet eingesetzt werden, erst recht in den nächsten vier Jahren, in denen der Kanton seinen Gürtel so eng schnallen muss, dass ihm die Luft wegzubleiben droht. Und in diesem Zusammenhang gibt es eine direkte Verbindung zu einem anderen Ackerfeld, nämlich dem der Bildung. Es nützt überhaupt nichts und ist kein bisschen nachhaltig, wenn wir zwar hochwertige Arbeitsplätze schaffen, diese aber mangels fehlender Fachkräfte nicht besetzen können. Zudem ist von gewissen Parteien ja auch kein Wunsch nach mehr Masseneinwanderung da. Bildung ist noch immer unsere wertvollste Ressource. Sie legt die Basis für ein funktionierendes Gemeinwesen, für Arbeit, Innovation, Forschung und Lebensqualität. Wenn wir also heute Ja sagen zum Standortmarketing, müssen wir bei entsprechenden Diskussionen oder KEF-Beratungen (*Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*) auch Ja sagen zur Bildung. Ansonsten wird die Sache zu einer Magerwiese, die zwar auch ihren Reiz hat, in diesem Fall aber nicht im Sinne der Sache sein kann. Kluge und weit-sichtige Politik denkt vernetzt, handelt antizyklisch und investiert in

zukunftsträchtiges Ackerland. Unsere Wirtschaft ist klar so eines, aber ebenso unsere Jugend, die eine entsprechend hochwertige Bildung erhalten soll, um dereinst die Ernte einfahren und selber neue Äcker bestellen zu können.

Die EVP empfiehlt Zustimmung zum geänderten WAK-Antrag, inklusive der Position Ziffer römisch II, und Ablehnung der Minderheitsanträge.

Judith Bellaiche (GLP, Kilchberg): Auch wenn die GLP-Fraktion den Kreditantrag für die GZA vor vier Jahren abgelehnt hat, haben wir uns erneut sehr intensiv mit dem Geschäft befasst. Es fliessen sowohl konkrete als auch grundsätzliche Erwägungen in unsere Betrachtung ein. Aber zuerst zum Positiven: Vor vier Jahren war die Ausgangslage insofern etwas anders gelegen, als die GZA vor einem Turnaround stand und eine neue Strategie vorgestellt hatte. Heute können wir der Stiftung GZA zugutehalten, dass sie die versprochene Strategie implementiert und umgesetzt hat. Es ging vorwiegend um Fokussierung sowohl in Bezug auf die Branchen wie auch die angezielten Regionen. Aber wir gehen da etwas mehr in die Tiefe und stellen im Einzelnen Folgendes fest: Bei den angesiedelten Unternehmen geht es zu weiten Teilen um Hauptsitzfunktionen. Diese beschäftigen ein paar entsandte Expats und Juristen, die sicherstellen, dass die Unternehmenssteuern im Lot bleiben. Aber wertschöpfende Arbeitsplätze vermögen diese Funktionen kaum zu schaffen. Der Zielmarkt der GZA ist hauptsächlich China, ein Land, das politisch, aber vor allem wirtschaftlich durch sehr turbulente Zeiten geht. Während Schweizer Unternehmen sich zunehmend aus China wieder zurückziehen, forciert die GZA unbeirrt die Akquisition in China und verfügt auch nicht über die Flexibilität, den Zielmarkt zu überdenken. In ökologischer Hinsicht haben wir vor vier Jahren schon gefordert, dass die angesiedelten Unternehmen keine Zweifel über die Herkunft und Art der Geschäftstätigkeit aufwerfen dürfen. Gleichzeitig erfahren wir nicht, um wen es sich bei diesen angesiedelten Unternehmen handelt, besonders bei den Hauptsitzfunktionen. Wir haben keine befriedigende Antwort erhalten auf unsere Frage, wie das Thema «Nachhaltigkeit» sichergestellt wird, und müssen daher annehmen, dass es für die GZA nicht besonders wichtig ist. Die Mehrschichtigkeit der Standortaktivitäten halten wir für diffus und redundant. Bund, Kantone, Regionen und sogar Gemeinden jagen parallel zueinander und gegeneinander den Unternehmen nach, teilweise mit denselben Instrumenten und an denselben Standorten. Das halten wir zunehmend für absurd.

Nebst diesen einzelnen Beobachtungen widerspricht aber die staatliche Standortförderung grundsätzlich einer liberalen Wirtschaftsordnung. Unsere Rolle als Politiker besteht darin, die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft so attraktiv und vor allem liberal zu gestalten, dass die Schweiz ein attraktives Land ist und bleibt für die Ansiedelung von Unternehmen. Es ist nicht eine staatliche Aufgabe, jährlich 1 Millionen Steuergelder zu verschenken, um Unternehmen den Hof zu machen, die ohnehin mobil genug sind, jederzeit ihren Sitz zu verlegen. Bei den angesiedelten Unternehmen waren nur 38 Prozent Direktakquisitionen, der Rest ist aus anderen Gründen, teils aus eigenem Antrieb auf die Idee gekommen, in die Schweiz umzusiedeln und wäre möglicherweise ohnehin in die Schweiz gekommen. Dazu muss man wissen, dass die meisten umsiedlungswilligen Unternehmen über eigene private Berater verfügen, die sehr konkret beziffern können, welches Land das beste Ziel im konkreten Fall ist. Genau diesem privaten Wirtschaftszweig sollten wir es überlassen, seinerseits ausländische Unternehmen anzuziehen. Gemäss Analyse von Ernst & Young soll dies ja sehr lohnenswert sein.

Zuletzt möchte ich das Thema der Arbeitsplätze nochmals aufgreifen, die mutmasslich grösstenteils an ausländische Arbeitskräfte vergeben werden. Wie können Parteien, die die Zuwanderung möglichst eingrenzen möchten und aggressiv die schweizerische Arbeits- und Sprachkultur propagieren, gleichzeitig wollen, dass Staatsgelder für die Ansiedelung neuer ausländischer Arbeitskräfte und Unternehmen verschenkt werden? Hier zeigt sich doch, wie widersprüchlich die Wirtschaftspolitik der SVP wirklich ist. Als Fazit schliesse ich, dass das Standortmarketing GZA vor allem in einem sehr erfolgreich vorgeht, nämlich sich selbst bei Politikerinnen und Politikern zu vermarkten.

Für uns bleibt es aber Marketing auf Staatskosten und die Mehrheit unserer Fraktion wird den Kredit ablehnen.

Max Homberger (Grüne, Wetzikon): Die Grünen sprechen der Halbierung des GZA-Kredites das Wort. Der Verein GZA bezeichnet sich als typisches und erfolgreiches Public-Private-Partnership-Projekt. Dieses PPP-Projekt finanziert die jährlich 4 Millionen Franken zu drei Teilen durch die öffentliche Hand, zu einem Teil durch Private. Schaut man genauer hin, ist gegen die Hälfte dieser Privaten eben nicht wirklich privat. Es handelt sich um Kantonalbanken, es handelt sich um den Flughafen Zürich, es handelt sich faktisch um volkseigene Betriebe. Die Partnerschaft besteht im Wesentlichen darin, dass der

Nutzen privatisiert und die Kosten sozialisiert werden. In den Jahren 2009 bis 2013 siedelte GZA angeblich 464 Unternehmen mit 4165 Arbeitsstellen an. Diese gehören vornehmlich den Bereichen Präzisionsgüterindustrie, Life Sciences, Informations- und Kommunikationstechnik, Machinery, Hightech, Cleantech, Medtech. Das sind im Wesentlichen alle Bereiche, die der klassischen ressourcenverzehrenden Wirtschaft zuzuordnen sind.

Das wollen wir nicht. Wir Grünen fordern ein Umstellen auf eine grüne Wirtschaft. Diese reduziert den Ressourcen- und Energieverbrauch. Diese verkleinert den ökologischen Fussabdruck von heute drei auf eins bis im Jahr 2050. Dannzumal werden wir nicht mehr alle zugegen sein. Wir fordern die Ablösung der Wegwerfgesellschaft durch eine Kreislaufwirtschaft. Wir fordern langlebige, reparierbare Güter. Eine grüne Wirtschaft ist eine ökologische Wirtschaft, eine Wirtschaft, die Grenzen erkennt und anerkennt. GZA muss sich ab sofort in den Dienst der grünen Wirtschaft stellen mit dem halben gegenwärtigen Budget. Die grüne Wirtschaft ist auch eine soziale Wirtschaft. Eine grüne Wirtschaft setzt sich für die Beschäftigung aller Arbeitswilligen in diesem Land ein. Eine grüne Wirtschaft widersetzt sich der Tendenz teure alte Inländer durch billige junge Ausländer zu ersetzen. Es ist empörend, was der «Tagi» (*Tages-Anzeiger*) in einem Interview vom 21. November 2015 aufzeigt: Ein 49-jähriger Informatiker, qualifiziert und zertifiziert, bewirbt sich 650 Mal erfolglos um eine Stelle. Dann findet er eine Stelle in einem Betrieb mit 60 Prozent Deutschen. Das spricht nicht gegen die Deutschen, aber es spricht gegen das herrschende Dumpingsystem, und dem widersetzt sich GZA nicht. Es ist empörend, nach der Pensionierung direkt aufs Sozialamt geschickt zu werden, wie der «Tagi» am 18. November 2015 titelt. Und es ist empörend, was dann folgt, Zitat: ««Es gibt eine kritische Zunahme von 56- bis 64-jährigen Personen in der Sozialhilfe», sagte Stefan Langebauer, Chef des Statistischen Amtes des Kantons Zürich heute Dienstag an einem Informationsanlass.» Bei vielen Betroffenen brach die Berufslaufbahn in höherem Alter ab, weil sie entlassen wurden, andere hatten «Unterbrüche» in der Erwerbsbiografie. So nennt es der Kanton, «geschwurbeltes» Schönreden. Im Klartext heisst das: Weg mit den uralten 56-Jährigen.

Auch unter wirtschaftlichen Aspekten ist ein GZA-Beitrag eigentlich gar nicht dringend, nicht einmal die Hälfte. Die geplanten Defizite des Kantons für die kommenden Jahre sprechen ja für sich. Und auch der Finanzdirektor spricht am 27. Juni 2015 in der NZZ Klartext: «Auffallend ist, dass immer mehr Leute in den Kanton Zürich ziehen, die Steuererträge analog dazu aber nicht so stark steigen, wie erwartet.

Das Bevölkerungswachstum löst zusätzliche Kosten von rund 4 Prozent aus, hauptsächlich in der Gesundheit, in der Bildung, im Sozialen und im öffentlichen Verkehr. Die geschätzten zusätzlichen Steuererträge nehmen aber nur um rund 1,3 Prozent zu. Diese Differenz müssen wir in den Griff bekommen.» Die GZA heizt die wirtschaftlich motivierte Zuwanderung weiter an.

Unterstützen Sie uns wenigstens mit der Halbierung des GZA-Kredites. Danke.

Franco Albanese (CVP, Winterthur): Die CVP-Fraktion unterstützt den Kommissionsantrag und honoriert ausdrücklich die wichtige Arbeit der Greater Zurich Area für die sowohl unerlässliche wie kontinuierliche Pflege und Vermarktung unseres Wirtschaftsstandortes, indem wir dem moderat erhöhten Objektkredit auf 8,39 Millionen zustimmen. Den zusätzlich an den Regierungsrat gestellten Auftrag, dass die Beitragsberechnung von der Bevölkerungszahl entkoppelt werden soll, begrüßen wir ebenfalls sehr und hoffen, dass an ihrer Stelle eine leistungskonformere Regelung ausgearbeitet wird. Wir möchten ausserdem betonen, dass wenn das Kosten-Nutzen-Verhältnis der erwähnten Organisation auch in Zukunft in dieser Klarheit auf die Seite des Nutzens ausschlägt, weiterhin mit unserer Unterstützung zu rechnen ist. Wir wünschen deshalb der GZA eine erfolgreiche Weiterarbeit und bedanken uns für das bisher Erreichte.

Laura Huonker (AL, Zürich): Die Alternative Liste wird den Antrag Homberger/Bellaiche, den Kredit generell zu halbieren unterstützen und sich in der Ausmehrung demjenigen Antrag anschliessen, der gesiegt hat. Nur ein kleiner, winziger Hinweis von unserer Seite: Nach Aussage von Regierungsrat Ernst Stocker gehen nur 50 Prozent der Gelder tatsächlich in die Standortförderung. Das heisst, von einem Franken Einnahmen gehen 50 Rappen weg an Kosten für die Administration. So wirtschaftet die Stiftung Greater Zurich Area. Ich würde keinem Hilfswerk Geld spenden, das auf diese Weise Entwicklungshilfe leistet. Darum: Kein ZEWO-Label (*Schweizerische Zertifizierungsstelle für gemeinnützige Spenden sammelnde Organisationen*) für GZA.

Stefan Hunger (BDP, Mönchaltorf): Der Betrag von mehr als 8 Millionen für den Zeitraum 2016 bis 2019 für die GZA hat in unserer Fraktion für kontroverse Diskussionen gesorgt. Die BDP ist sich einig, dass die GZA für den Wirtschaftsstandort Zürich einen wichtigen Bei-

trag leistet. Sie hat durch aktives Marketing nicht nur Steuersubstrat, sondern auch Arbeitsplätze in für die Region bedeutsamen Branchen angezogen. Der Betrag von jährlich 2 Millionen ist in unserer angespannten finanziellen Lage zu hinterfragen. Wenn wir den Rückgang des Steuersubstrates im Kanton Zürich anschauen, müssen wir uns bei diesen Ausgaben überlegen, ob wir uns den Beitrag noch leisten wollen und können. Die BDP hat durchaus Sympathien für eine Kürzung des Beitrags. Nach Abwägen und harten Diskussionen sind wir zum Schluss gekommen, dass wir den Kredit gemäss vorliegendem Antrag gutheissen. Als wirtschafts- und gewerbefreundliche Partei sehen wir die Vorteile der GZA. Wir wünschen uns jedoch, dass mit weiteren Ausgaben für standortfördernde Massnahmen zurückhaltend und koordiniert umgegangen wird.

Michael Welz (EDU, Oberembrach): Die EDU ist für die Wirtschafts- und Standortförderung und wird dem Objektkredit zustimmen. Die EDU stellt erfreut fest, dass die GZA in den vergangenen Jahren eine gute Arbeit geleistet hat und dadurch zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen wurden. Seien Sie mir aber nicht böse, ich muss trotzdem noch etwas zuhänden der Wirtschaftsvertreter in diesem Saal äussern, denn ich stelle fest, dass nicht nur die Landwirtschaft mit Staatsgeldern gefördert wird, sondern auch andere Bereiche, auch die Wirtschaft. Wir finden dies sinnvoll. Unsere Bevölkerung ist auf Arbeitsplätze angewiesen, welche wiederum den Markt und die Steuererträge ankurbeln. Wir werden alle Minderheitsanträge ablehnen und der Vorlage zustimmen.

Martin Neukom (Grüne, Winterthur): Mir fehlt in diesem Rat ziemlich klar eine kritische Reflektion vom Standortmarketing an und für sich. Natürlich bestimmen wir im Kanton Zürich über den Kanton Zürich, trotzdem ist es erlaubt, auch mal ein bisschen weiter zu denken, sich zu überlegen: Was bedeutet Standortmarketing? Standortmarketing bedeutet die Verschiebung einer Firma von einem anderen Land oder einem anderen Ort an einen anderen Ort. In einer etwas gesamtheitlicheren Betrachtung ist das ein reines Nullsummenspiel. Es geht nur um Verschiebungen. Verschiedene Standorte buhlen darum, um die einzelnen Firmen zu kriegen. Ist Ihnen bewusst, wie absurd das ist, wenn man das einmal ein bisschen ganzheitlicher betrachtet? Die Standortkonkurrenz – wir merken es häufig in politischen Debatten, wenn es um Wirtschaft geht – führt zu einer Entmachtung der Politik. Wir verlieren politische Souveränität, indem wir nur noch «bittibätti»

machen, dass die lieben Firmen doch bitte, bitte zu uns kommen wollen, und uns von ihnen diktieren lassen, welche Gesetze wir doch machen sollen, damit sie gnädigerweise zu uns kommen und hier diese Arbeitsplätze schaffen, nach denen wir alle so dürsten.

Einer der ganz wesentlichen Zusammenhänge ist zum Beispiel: Je effizienter die Wirtschaft wird, desto weniger Arbeitsplätze gibt es. Das ist ein grundsätzliches Problem, und diese grundsätzlichen Probleme werden hier nie diskutiert. Sie sagen immer nur, wir brauchen mehr Firmen, um mehr Arbeitsplätze zu haben. Das ist eine völlig undifferenzierte Haltung. Ich bin deshalb der Ansicht, dass das kritische Reflektieren eigentlich auch Kantonsräten erlaubt ist. Und das dürfen Sie nächstes Mal durchaus auch berücksichtigen. Danke.

Andreas Geistlich (FDP, Schlieren) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte noch ganz kurz auf den Minderheitsantrag der Grünen und Grünliberalen eingehen, ich werde nachher nicht mehr dazu sprechen. Ich hätte an Max Homberger doch gern die Frage gerichtet: Was sind denn grüne Produkte deiner Meinung nach? Und was ist eine grüne Wirtschaft genau? Wer trägt dazu bei, Ressourcen einzusparen? Ist es zum Beispiel die Waschmaschine, die weniger Wasser verbraucht, oder ist es die Software, die das irgendwie clever steuert? Oder ist es am Ende das bessere Waschmittel, das dies chemisch erst ermöglicht? Oder ist es am Ende eine Kombination von allem? Wen möchtest du denn bei uns ansiedeln, den Waschmaschinenbauer, den Software-Programmierer oder den Waschmittelproduzenten? Ich mag es einfach nicht, wenn man die Wirtschaft in grün und nicht grün auseinanderdividiert. Die Wirtschaft ist, wie die Landwirtschaft auch zum Beispiel, ein System mit vielen Teilnehmern, welche miteinander in Wechselwirkung stehen und auch stehen müssen. Neues entsteht häufig aus Altem, Feines aus Grobem und Sauberes aus Schmutzigem.

Wir lehnen auch diesen Minderheitsantrag ab.

Regierungsrätin Carmen Walker Späh: Ja, Zürich ist eine gute Adresse für Unternehmen. Zürich bietet gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, ich erinnere an den Flughafen als Tor zur Welt, an unsere Infrastrukturen, an den öffentlichen Verkehr, an die Hochschulen, an unsere hohen handwerklichen Fähigkeiten, an die moderaten Steuern, an das liberale Arbeitsrecht und die Verfügbarkeit von qualifizierten, loyalen Arbeitskräften und vieles mehr. Und auch hier sei es gesagt: Der Fachkräftemangel ist uns bewusst und selbstverständlich auch die Thematik der Menschen über 50. Wir sind ein Wirtschaftsstandort ers-

ter Güte. Verschiedene Ranglisten internationaler Institutionen bestätigen uns denn auch immer wieder: An die Spitze zu kommen, das ist das eine, an der Spitze zu bleiben, ist das andere. Das heisst, wir müssen Bestehendes pflegen, aber auch Neues ermöglichen. Die ansässigen Unternehmen bieten attraktive Arbeitsplätze und sind Grundlage für den Wohlstand in unserem Kanton. Ihnen wollen wir Sorge tragen, gerade in der heutigen Zeit. Die Anpassungen an die Veränderungen am Markt können wir als Kanton den Unternehmern selbstverständlich nicht abnehmen. Wir können sie aber mit guten, möglichst unbürokratischen und wirtschaftsfreundlichen Rahmenbedingungen in ihrem Unternehmertum unterstützen. Das ist die Aufgabe der Standortförderung im Amt für Wirtschaft und Arbeit.

Damit ein Wirtschaftsraum aber langfristig wettbewerbsfähig bleibt, braucht es auch hie und da wieder frisches Blut. Dieses erhält er durch Unternehmen, die im Inland neu gegründet werden. Häufig geschieht das ja in Form von Spin-offs der Hochschulen oder durch Kooperationen zwischen der Wirtschaft und der Wissenschaft. Der Innovationspark in Dübendorf wird hier eine wichtige Rolle spielen. Die Blutaufrischung kann und soll aber auch durch den Zuzug von attraktiven ausländischen neuen Unternehmen erfolgen. Und angestrebt wird eine gezielte Ansiedlung von innovativen Unternehmen; Unternehmen, die den Wirtschaftsraum Zürich weiter voranbringen, ihn weiterentwickeln und die bestehenden Cluster, die wir hier bereits pflegen, intelligent bereichern. Die neu angesiedelten Unternehmen sollen Zürich als Wirtschaftsraum nachhaltig stärken. Die Volkswirtschaft soll durch Diversifikation krisenresistenter werden und mit Innovationen international wettbewerbsfähig bleiben. Damit sichern wir Arbeitsplätze und damit unseren Wohlstand.

Aber Standortmarketing heisst, den Wirtschaftsstandort Zürich in der Welt bekannt zu machen und innovativen Unternehmen, die für unseren Wirtschaftsraum attraktiv sind, die Vorzüge einer Ansiedlung in der Welt aufzuzeigen. Und genau das ist die Aufgabe der GZA. Ich bin überzeugt, dass das Modell der GZA ein gutes Modell ist. Es vereint nämlich die Kräfte von Politik und Wirtschaft in sehr konstruktiver Weise. Durch diese enge Zusammenarbeit versteht das Standortmarketing eben die Bedürfnisse des Marktes und der Öffentlichkeit. Zudem bietet die GZA eine wichtige Plattform für den Austausch zwischen Wirtschaft und Politik, und dieser wird sehr geschätzt. Erfreulich ist natürlich auch, dass der Anteil der privaten Beiträge für die GZA in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen ist. Er ist uns Auftrag, noch weiter daran zu arbeiten.

In den letzten Jahren hat ja die GZA durch eine neue Strategie und die Anpassung ihrer Strukturen gute und europaweit anerkannte Grundlagen für ein nachhaltiges – das sage ich ausdrücklich: nachhaltiges – und ein beständiges Standortmarketing gelegt. Gemeinsam mit den Partnern der Wirtschaftsförderungen der Mitgliedskantone ist es der GZA gelungen, in den letzten fünf Jahren über 400 Unternehmen anzusiedeln, über 4000 Arbeitsplätze zu schaffen. Im letzten Jahr allein konnten 65 Unternehmen angesiedelt werden, die im ersten Jahr über 500 Arbeitsplätze geschaffen haben. Die GZA fokussiert also ihre aktive Marktbearbeitungsstrategie auf Unternehmen, die für den Wirtschaftsraum Zürich strategisch interessant und vor allem in den Branchen der Präzisionstechnologie tätig sind. Damit unterstützt die GZA die innovative Entwicklung und die Diversifizierung des Wirtschaftsraumes. Zudem hilft das, den dauernd nötigen Strukturwandel unserer innovationsgeprägten Wirtschaft noch besser zu bewältigen. Ziel ist deshalb kein wahlloses quantitatives Wachstum, sondern unser Ziel ist die gezielte Stärkung des Standortes durch eine nachhaltige Ansiedlung von international tätigen Unternehmen. Damit werden nicht nur qualifizierte Arbeitsplätze und ein langjähriges Steuersubstrat in der Region und im Kanton Zürich geschaffen, sondern auch Zulieferströme ausgelöst, die viele Aufträge für unsere Gewerbe und unsere Dienstleistungsbetriebe sichern.

Die Zusammenarbeit der GZA mit den kantonalen Standortförderungen funktioniert. Wir arbeiten Hand in Hand, regional, konstruktiv und kundenorientiert. Die operative Tätigkeit der GZA wurde in den letzten Jahren sehr positiv gewürdigt. Auch in der vorberatenden Kommission wurde die Tätigkeit positiv aufgenommen. Es hat sich auch gezeigt, dass man sich bei der Beurteilung des Standortmarketings für die Metropolitanregion Zürich bewusst ist. Dafür möchte ich Ihnen an dieser Stelle hier im Rat herzlich danken.

Die moderate Erhöhung der Beiträge 2012 bis 2015 ist mit dem Bevölkerungswachstum begründet. Der unter den Mitgliederkantonen vereinbarte Betrag der gemeinsamen Standortförderung beträgt bekanntlich 1.50 Franken pro Einwohner. Mit der grundsätzlichen Gewährung des Kredits kann nun die erfolgreiche Arbeit der GZA weitergeführt werden.

Eine Mehrheit der Kommission beantragt nun vor dem Hintergrund der anstehenden Budgetdebatte eine Kürzung des Kredits. Ja, meine Damen und Herren, dafür habe ich sogar ein gewisses Verständnis. Ich bitte Sie jedoch, Folgendes zu bedenken: Die GZA ist eine kantonsübergreifende Organisation und bei der Gründung wurde dieser Beitragsschlüssel von 1.50 Franken pro Einwohnerin/pro Einwohner

vereinbart. Dieser Schlüssel kann jetzt nicht so einfach einseitig geändert werden. Bei einer Kürzung des Kredites ist dieser Beitrag grundsätzlich mit allen beteiligten Kantonen neu zu verhandeln. Dies ist ja der Grund für den Auftrag von Dispositiv-Ziffer II des Kommissionsantrags. Zudem soll die Kürzung ja erst ab 2017 zum Tragen kommen. Ich möchte einfach sagen: Sollte eine Mehrheit einer Kürzung zustimmen, so werde ich in Kenntnis dieser Hürden und dieser Schwierigkeiten dies selbstverständlich umsetzen und das Gespräch mit den anderen Kantonen aufnehmen, auch wenn dies nicht einfach sein wird. Aber eine Minderheit des Rates hier gefährdet nun aus meiner Sicht ganz klar die künftige Arbeit der GZA. Eine Beschränkung des Beitrags auf zwei Jahre, damit haben Sie keine Planungssicherheit mehr, auch bei so vielen beteiligten Kantonen. Und das wäre auch unternehmerisch nicht mehr zu verantworten. Da können Sie nicht einfach davon sprechen, Herr Kantonsrat Geschwind, «Ja, wir wollen ein bisschen den Druck erhöhen», da müssen Sie ehrlich sein, Sie stellen die Arbeit der GZA grundsätzlich infrage. Ich bitte Sie, dies nicht zu tun, und danke Ihnen für Ihr Verständnis.

Eintreten

ist beschlossen, nachdem kein anderer Antrag gestellt worden ist.

Detailberatung

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I.

Minderheitsantrag von Benedikt Gschwind, Stefan Feldmann und Mattea Meyer:

I. Für die Beiträge an die Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing im Zeitraum von 2016 bis 2017 wird ein Objektkredit von Fr. 4'120'000 zulasten der Erfolgsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 5300, Amt für Wirtschaft und Arbeit, bewilligt.

Minderheitsantrag von Max Homberger, Judith Bellaiche:

I. Für die Beiträge an die Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing im Zeitraum von 2016 bis 2019 wird ein Objektkredit von

Fr.4'330'000 zulasten der Erfolgsrechnung der Leistungsgruppe Nr. 5300, Amt für Wirtschaft und Arbeit, bewilligt.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Hier liegen neben dem Kommissionsmehrheitsantrag noch zwei Minderheitsanträge vor, von Benedikt Gschwind und von Max Homberger. Wir stellen diese drei Anträge im Cupsystem einander gegenüber.

Die Tür wird geschlossen und die Anwesenden werden ermittelt. Ich bitte Sie, die Taste «P/W» zu drücken.

Es sind 173 Ratsmitglieder anwesend. Das absolute Mehr beträgt 87 Stimmen.

Abstimmung über Ziffer I

Anwesende Ratsmitglieder	173 Stimmen
Absolutes Mehr	87 Stimmen
Kommissionsantrag.....	108 Stimmen
Minderheitsantrag von Benedikt Gschwind.....	34 Stimmen
Minderheitsantrag von Max Homberger.....	28 Stimmen

Der Kantonsrat stimmt dem Mehrheitsantrag der Kommission mit 108 Stimmen zu.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Nun müssen wir in einer separaten Abstimmung noch feststellen, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird. Es braucht dazu 91 Stimmen.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 115 : 53 Stimmen (bei 3 Enthaltungen), der Vorlage 5182a zuzustimmen und den Objektkredit zu bewilligen.

II.–V.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

Verschiedenes

Rücktrittserklärungen

Ratspräsidentin Theresia Weber: Mit etwas Verspätung – aber nicht minder wichtig – kommen wir zu verschiedenen Rücktrittsgesuchen. Zuerst haben wir zwei Rücktrittsgesuche aus Kommissionen erhalten.

Gesuche um Rücktritt aus der Geschäftsprüfungskommission von Elisabeth Pflugshaupt, Gossau, und Sibylle Marti, Zürich

Ratssekretär Roman Schmid verliest die Rücktrittsschreiben:

«Aufgrund meiner Wahl in die Finanzkommission beantrage ich meinen Rücktritt aus der Geschäftsprüfungskommission auf den Termin der Wahl meines Nachfolgers beziehungsweise meiner Nachfolgerin.

Besten Dank und freundliche Grüsse, Elisabeth Pflugshaupt.»

«Leider kollidieren die Termine der Sitzungen der Geschäftsprüfungskommission mit den Präsenzzeiten meiner neuen Arbeitsstelle an der Fernuniversität Hagen, die ich ab 1. Januar 2016 antreten werde. Ich bitte deshalb um vorzeitigen Rücktritt aus der Geschäftsprüfungskommission per 31. Dezember 2015.

Mit freundlichen Grüssen, Sibylle Marti.»

Ratspräsidentin Theresia Weber: Ich beantrage die zuständigen Stellen, die Nachfolge zu regeln.

Rücktritt aus dem Kantonsrat von Angelo Barrile, Zürich, Mattea Meyer, Winterthur, Regine Sauter, Zürich, Priska Seiler Graf, Kloten, Barbara Steinemann, Regensdorf, Mauro Tuena, Zürich, Hans-Ueli Vogt, Zürich, Claudio Zanetti, Gossau, und Bruno Walliser, Volketswil

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wir kommen zu neun Rücktritten von Ratsmitgliedern, die nach der heutigen Sitzung unser Parlament Richtung Bern verlassen werden. Mit einem weinenden und einem stolz strahlenden Auge möchte ich die geschätzten Kolleginnen und Kollegen für ihr Wirken im Kantonsrat und die erfolgreiche Wahl in den Nationalrat würdigen. Ich werde die Würdigungen – bis auf eine Ausnahme – in alphabetischer Reihenfolge verlesen.

Ratssekretär Roman Schmid verliest das Rücktrittsschreiben von Angelo Barrile, Zürich: «Seit August 2010 durfte ich das Amt als Kantonsrat ausüben und denn linken Wahlkreis der Deutschschweiz vertreten. Nun heisst es für mich, Abschied zu nehmen.

Ich habe die Zusammenarbeit mit Ihnen allen sehr geschätzt. Meine Tätigkeit sowohl im Plenum hier im Ratssaal als auch in den Kommissionen WAK (*Kommission für Wirtschaft und Abgaben*) und KSSG (*Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit*), die politischen Auseinandersetzungen und Diskussionen mit Ihnen waren immer auf das Wohl der Zürcher Bevölkerung ausgerichtet. Ein herzlicher Dank geht an meine Kommissionskolleginnen und -kollegen, an den Kommissionssekretär Andreas Schlagmüller und die restlichen Mitarbeitenden der Parlamentsdienste. Ein speziell grosses Dankeschön aber geht an meine Fraktion. Es macht mich stolz, dass ich als Mitglied der besten aller Fraktionen und mit euch für einen sozialeren, gesünderen und offeneren Kanton Zürich kämpfen durfte.

Voraussichtlich noch in der Wintersession darf ich in den Nationalrat aufrücken und meine parlamentarische Tätigkeit zugunsten des eidgenössischen Standes und Kantons Zürich, der Zürcherinnen und Zürcher und der Schweizerischen Eidgenossenschaft in Bern fortsetzen. Auf den Amtsantritt dort freue ich mich so, wie ich mich damals auf den Start hier im Kantonsrat freute. Genauso sehr freue ich mich aber auch, Sie alle in Zukunft wieder bei anderer Gelegenheit anzutreffen.

Tragen Sie Sorge zu sich und zu unserem Kanton und bis bald, Angelo Barrile.»

Ratspräsidentin Theresia Weber: Angelo Barrile rückte 2010 für Katrin Jaggi in den Kantonsrat nach. Bis zum Ende seiner ersten Amtszeit arbeitete er in der WAK mit, ab 2011 in der KSSG. Als Hausarzt und Sozialdemokrat stand für ihn die Gesundheitspolitik im Mittelpunkt seines Wirkens. Die gesundheitsethischen Perspektiven vertrat er umsichtig und engagiert sowohl aus Sicht der Patientinnen und Patienten als auch aus Sicht der Ärzteschaft.

Dank seinen sizilianischen Wurzeln ist Angelo Barrile der italienischen Sprache mächtig, eine gute Voraussetzung, um sich im Nationalrat erfolgreich für die Beziehungspflege zwischen unserem Kanton Zürich und der italienischsprachigen Schweiz einzusetzen.

Alles Gute in Bern! (*Applaus.*)

Ratssekretär Roman Schmid verliest das Rücktrittsschreiben von Mattea Meyer, Winterthur: «Als damals jüngstes Ratsmitglied durfte ich

bei meinem Amtsantritt 2011 die Eröffnungsrede zur Legislatur halten. Ich sprach davon, mehr Demokratie zu wagen. Demokratie, so sagte ich, sei die Idee einer Gesellschaft, in der die Menschen gleichberechtigt sind und nicht wegen ihrer Meinung, ihres Geschlechts oder ihrer Herkunft weniger Freiheiten und Rechte haben als andere. Für eine solche Gesellschaft habe ich mich in den letzten viereinhalb Jahren mal mit mehr, mal mit weniger Erfolg engagiert. Ich freue mich darauf, im Nationalrat mit Leidenschaft weiterhin zu politisieren und zu debattieren.

Ich danke Ihnen, geschätzte Ratskolleginnen, Ratskollegen und Regierungsräte, für die konstruktiven Auseinandersetzungen, die hitzigen Debatten und die gemeinsamen Erfolge. Den Mitarbeitenden der Parlamentsdienste, den Sekretärinnen und Sekretären und dem Sicherheitsdienst danke ich für ihre hochstehende, wertvolle und ruhige Arbeit. Ich danke meiner Fraktion für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und die entstandenen Freundschaften.

Nicht zuletzt danke ich aber auch meinen Wählerinnen und Wählern. Ihre Teilnahme an der Demokratie beendet meine Zeit hier im Kantonsrat auf eine schöne Art und Weise.

Alles Gute und beste Grüsse, *Mattea Meyer*.»

Ratspräsidentin Theresia Weber: *Mattea Meyer* wurde 2011 mit 23 Jahren als damals fast jüngstes Mitglied in den Kantonsrat gewählt. Ihre steile politische Karriere lancierte die Wirtschaftsgeografin schon früh in diversen Gremien der Sozialdemokraten. Im Rat und in den Kommissionen KBIK (*Kommission für Bildung und Kultur*) und WAK fiel *Mattea Meyer* als fleissige und beharrliche Mitstreiterin auf, die sich trotz und manchmal vielleicht auch dank ihrer Jugend nicht von altgedienten Parlamentsmitgliedern einschüchtern liess. Im Nationalrat wird *Mattea Meyer* wieder zu den Jüngsten gehören. Den nötigen Mut dazu hat sie gebührend unter Beweis gestellt und wir wünschen auch ihr alles Gute. (*Applaus.*)

Ratssekretär Roman Schmid verliest das Rücktrittsschreiben von Regine Sauter, Zürich: «Am vergangenen 18. Oktober 2015, somit auf den Tag genau elf Jahre nach meinem Eintritt in den Kantonsrat, wurde ich in den Nationalrat gewählt. Wenngleich ich mich sehr auf meine neue Aufgabe im nationalen Parlament freue, verlasse ich den Kantonsrat mit einer gewissen Wehmut. Dies ist das Gremium, wo ich hauptsächlich meine politischen Sporen abverdient habe. Meine politische Erfahrung bis anhin stammte aus dem Wahlbüro der Gemeinde

Flurlingen, wo es allerdings nicht so viel zu diskutieren gab, und dem Studentenparlament an der HSG (*Universität Sankt Gallen*), da war jedoch die Parteienvielfalt nicht so gewaltig (*Heiterkeit*).

Die Erfahrung, welche ich aus dem Kantonsrat mitnehme, ist, dass man etwas bewegen kann, wenn man es will und sich dafür einsetzt. Man muss den Handlungsbedarf erkennen, das richtige politische Instrument auswählen, um ihn anzugehen, und Mehrheiten finden, um ihm zum Durchbruch zu verhelfen. Es braucht dazu allenfalls Geduld, sicher einen langen Schnauf und auch die Fähigkeit, zu erkennen, was machbar ist oder wo man über das Ziel hinausschiesst.

Mein Bestreben war es dabei, durch die Politik die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass sich unser Kanton weiterentwickeln kann, die Menschen hier Freiheiten und Chancen haben, die Wirtschaft erfolgreich sein kann. Das bedeutet auch: Ein schlanker, aber nicht schwacher Staat, der Sicherheit bietet, aber nicht einengt, der investiert, wo es unseren Kanton weiterbringt.

In der Schweiz hat jeder und jede die Möglichkeit, in einem politischen Gremium mitzuwirken und auf diese Weise mitzugestalten. Das habe ich während des vergangenen Wahlkampfes jeweils auch jenen gesagt, welche die Politiker generell des Opportunismus, speziell aber auch der Lüge oder Bestechlichkeit bezichtigten. Jeder kann es besser machen. Und ich empfehle es jedem, die Chance zu nutzen.

Dass ich die Möglichkeit erhielt, hier an der Gestaltung unseres Kantons mitzuwirken, darüber habe ich mich immer gefreut. Ich bin jeden Montag gerne gekommen, auch wenn die Diskussionen nicht nur immer erhebend waren. Ich habe mich mit Themen auseinandergesetzt, denen ich mich sonst nicht gewidmet hätte. Wer hätte zum Beispiel geahnt, dass ich noch zur Spezialistin für Landwirtschaftsfragen in unserer Fraktion avanciere? Vor allem aber habe ich hier interessante Menschen kennengelernt und sehr schöne Freundschaften schliessen dürfen.

Es ist aber auch richtig, nach einer gewissen Zeit Platz zu machen für Neue und Neues. Dies tue ich hiermit. Meine Motivation, etwas bewegen zu wollen und unser Land mitzugestalten, wird bleiben. Sie verlagert sich gewissermassen einfach um eine Stufe nach oben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn am nächsten Montag mein Nachfolger eintritt, werdet ihr wieder einmal das Amtsgelübde hören. Für mich persönlich war es auch nach vielen Jahren jedes Mal noch ein wichtiger Moment, wenn diese Worte vorgetragen wurden. Man wird daran erinnert, wofür man gewählt wurde: Um diesem Kanton Sorge zu tragen.

Ich wünsche euch allen alles Gute und freue mich, wenn wir uns bei Gelegenheit wiedersehen.

Mit freundlichen Grüßen, Regine Sauter.» (*Applaus.*)

Ratspräsidentin Theresia Weber: Der Applaus war zu früh.

Regine Sauter rückte 2004 für die zurückgetretene Franziska Frey-Wettstein in den Kantonsrat nach. Die promovierte Staatswissenschaftlerin war vier Jahre lang in der JUKO (*Justizkommission*) tätig und nahm 2009 Einsitz in die WAK. Als Kommissionsmitglied wurde sie durch ihre konziliante und pointierte Art sehr geschätzt.

Ihrem politischen Engagement für eine liberale Wirtschaftspolitik und weltoffene Gesellschaft gibt Regine Sauter auch beruflich als Direktorin der Zürcher Handelskammer ein Gesicht. Im Rat setzte sie sich für Bildungs- und Wirtschaftsthemen ein. Einer Regierungsratskandidatur zog sie die Option «Nationalrat» vor. Dieser Plan ging auf und wir wünschen Ihr viel Erfüllung dabei. (*Applaus.*)

Ratssekretär Roman Schmid verliest das Rücktrittsschreiben von Priska Seiler Graf, Kloten: «Nach meiner Wahl in den Nationalrat ist nun die Zeit gekommen, von der Limmat an die Aare zu wechseln. Das mache ich natürlich auf der einen Seite mit grosser Freude und aufgeregter Neugierde, auf der anderen Seite ist da aber auch Wehmut, ja, man könnte sogar fast sagen Sentimentalität. Über zehn Jahre habe ich nun diesem Rat angehört, den montäglichen Spaziergang vom Hauptbahnhof entlang der «Schipfe» ins Rathaus könnten meine Beine – in Schuhen aller Art – in der Zwischenzeit auch alleine bewerkstelligen (*Heiterkeit*).

Es waren zehn spannende und äusserst lehrreiche Jahre. Denn wenn ich etwas in der Politik bis jetzt gelernt habe, dann dies: Es gibt kein langweiliges Gebiet oder Ressort. Sobald man Hintergrundinformationen hat, wird alles interessant und packt einen.

Die netten Begegnungen mit euch werde ich natürlich sehr vermissen, das weiss ich jetzt schon. Nicht vermissen werde ich allerdings die endlosen Budgetdebatten. Diese sollen in Bern ja einiges erträglicher sein. Darum ist das jetzt der perfekte Zeitpunkt zum Adieu sagen.

Herzlichen Dank für all die anregenden und zahlreichen Gespräche mit euch sowie auch ein grosses Dankeschön an die stets sehr zuvorkommenden Parlamentsdienste.

Gebt dem Kanton Zürich weiterhin Sorg – und damit meine ich durchaus auch seiner Umwelt – und hebt's guet!

Herzlichst, Priska Seiler Graf.»

Ratspräsidentin Theresia Weber: Priska Seiler Graf rückte 2005 für den zurückgetretenen Markus Mendelin in den Kantonsrat nach. Die Gemeinderätin und spätere Stadträtin von Kloten hatte die Flughafenpolitik auf dem Radar und brachte die Anliegen der von Flugverkehrsemissionen betroffenen Bevölkerung mit viel Herzblut im Rat ein. Dies wird sicher auch in Bern ihr Hauptanliegen sein. Ihre breite Erfahrung in Gesetzesfragen sowie ihre organisierte und aufgestellte Art machten sie sowohl in der STGK (*Kommission für Staat und Gemeinden*) als auch in der KEVU (*Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt*) zu einem geschätzten Kommissionsmitglied. Gradlinigkeit stellte Priska Seiler Graf auch modisch unter Beweis: Ihre Absatzschuhe machten anlässlich eines verregneten Augenscheins mit der KEVU in den Thurauen vor den sumpfigen Böden nicht halt (*Heiterkeit*). Eiserner Wille ist bekanntlich auch für den Nationalrat eine gute Voraussetzung. Alles Gute und viel Erfolg. (*Applaus.*)

Ratssekretär Roman Schmid verliest das Rücktrittsschreiben von Barbara Steinemann, Regensdorf: «Heute, an meiner 675. Kantonsratssitzung, trete ich zurück. Ich tue das nur sehr ungern. Zu sehr hat mir dieses Engagement über all die Jahre gefallen. Gestern vor fünf Wochen hat mich die Bevölkerung des Kantons Zürich ins nationale Parlament befördert. Und weil ich mich ganz auf dieses Amt konzentrieren möchte, habe ich mich für den Abschied aus dem Kantonsrat entschieden.

Ich war äusserst gerne Mitglied dieses hohen Hauses und durfte volle 4572 Tage lang dieses Amt ausführen. Heute bin ich genau 14'206 Tage alt, und wenn man das in Prozenten ausrechnet, so gehörte ich 32,18 Prozent, also einen Drittel meines Lebens, dem Parlament des Kantons Zürich an. Das hat sich alles sehr gelohnt und ich blicke mit Genugtuung und Respekt auf diese lange Zeit zurück.

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich danke Ihnen allen für die gemeinsam verbrachten Jahre, für die wertvollen Erfahrungen, die spannenden Begegnungen und amüsanten Erlebnisse und wünsche Ihnen allen für Ihre private und politische Zukunft nur das Beste.

Freundliche Grüsse, Barbara Steinemann.»

Ratspräsidentin Theresia Weber: Auch mit Barbara Steinemann verlässt uns eine erfahrene Kantonsrätin. Als sie 2003 in den Rat gewählt wurde, brachte sie trotz ihrer jungen 26 Jahre bereits eine fundierte politische Erfahrung mit, die sie sich auf kommunaler und regionaler Ebene in verschiedenen Gremien erarbeitet hatte.

Die Juristin und Sozialpolitikerin war von 2003 bis 2007 Mitglied der GPK (*Geschäftsprüfungskommission*) und ab 2004 in der KJS (*Kommission für Justiz und öffentliche Sicherheit*), deren Geschicke sie seit nunmehr elf Jahren mitgeprägt hat. In der Kommission als aufrechte Vertreterin ihrer Standpunkte geachtet, wurde sie während ihrem Kommissionspräsidium 2011 bis 2015 ebenso als umsichtige und zielorientierte Präsidentin geschätzt.

Liebe Barbara, wir wünschen dir auch in Bern alles Gute und viel Erfolg. Du teilst mit Bruno Walliser die Leidenschaft für ausgiebige Velotouren. Wir sind gespannt, wer zur Vereidigung in einer Woche zuerst im Bundeshaus eintrifft. (*Applaus.*)

Ratssekretär Roman Schmid verliest das Rücktrittsschreiben von Mauro Tuena, Zürich: «Der Zürcher Souverän hat mich am 18. Oktober 2015 in den Nationalrat gewählt. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen, die mir ihr Vertrauen schenkten, herzlich für diese Unterstützung bedanken. Die Verantwortung, welche mir hiermit übertragen wurde, ist gross. Aus diesem Grund trete ich per 23. November 2015 aus dem Kantonsrat zurück.

Ich gehörte erst ein halbes Jahr diesem Parlament an. Dank meiner nahezu 18-jährigen Parlamentserfahrung im Gemeinderat von Zürich war die Einarbeitungsphase entsprechend kurz. Die Geschäfte waren spannend, die bürgerlichen Mehrheitsverhältnisse im Vergleich zum Gemeinderat geradezu grandios (*Heiterkeit*). Dies durfte ich schon bei einem der ersten Geschäfte – ein verkehrspolitisches Anliegen betreffend Veloverkehr – erfahren. Meine Zeit in der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt war sehr intensiv, geprägt von kontroversen verkehrspolitischen Geschäften.

Ich danke Ihnen an dieser Stelle für die Freundschaften, welche mit meinem Austritt sicherlich erhalten bleiben. Speziell danken möchte ich meiner Fraktion unter der Leitung von Jürg Trachsel, welcher immer ein offenes Ohr für meine Anliegen hatte. Ein ganz spezieller Dank gilt den Parlamentsdiensten für ihre tatkräftige und professionelle Unterstützung.

Freundliche Grüsse, Mauro Tuena.»

Ratspräsidentin Theresia Weber: Mauro Tuena war bei seiner diesjährigen Wahl in den Kantonsrat längst kein unbeschriebenes Blatt mehr. Seit 1998 ist er, als wortstarker SVP-Vertreter, Mitglied des mehrheitlich rot-grünen Zürcher Gemeinderats. Über die Fraktionsgrenzen hinweg hat er sich in dieser Zeit einen respektablen Ruf als dossierfester Parlamentarier sowie als geselliger Kollege erarbeitet. Die Agenda der KEVU passte terminlich nicht recht zu seinem kurzen Gastspiel als Kommissionsmitglied. Für das Wassergesetz konnte sich der automobilbegeisterte Verkehrspolitiker nicht richtig begeistern. Und ausgerechnet jetzt, wo die Beratungen der Autobahnvorlagen anstehen, muss er in den Zug nach Bern steigen (*Heiterkeit*). Trotz der wenigen Monate im Kantonsrat dürfen wir davon ausgehen, dass er auch als Nationalrat in Stadt und Land unseres Kantons präsent bleiben wird, und wünschen ihm alles Gute in seinem neuen Amt. (*Applaus.*)

Ratssekretär Roman Schmid verliest das Rücktrittsschreiben von Hans-Ueli Vogt, Zürich: «Die Stimmberechtigten des Kantons Zürich haben mich am 18. Oktober 2015 in den Nationalrat gewählt. Die Wintersession der Bundesversammlung beginnt am 30. November 2015. Um dieses neue Mandat wahrnehmen zu können, erkläre ich hiermit meinen vorzeitigen Rücktritt aus dem Kantonsrat per 25. November 2015.

Ich danke Ihnen für die angenehme Zusammenarbeit. Ich wünsche dem Kantonsrat viel Erfolg bei seinem Einsatz für die Menschen im Kanton Zürich.

Mit freundlichen Grüßen, Hans-Ueli Vogt.»

Ratspräsidentin Theresia Weber: Hans-Ueli Vogt wurde 2011 in den Kantonsrat gewählt. Als Rechtsprofessor, beruflich den Hörsaal gewohnt, machte er sich auch im Ratssaal bald einen Namen als blitzschneller Denker und eloquenter Redner. Mit der SVP-Initiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» erlangte er 2014 politische nationale Bekanntheit. Hinter der Ratskulisse arbeitete Vogt in der WAK mit und präsierte als Nachfolger von Bernhard Egg ab 2012 die Redaktionskommission. In dieser Rolle kämpfte der sprachgewandte Wissenschaftler vehement gegen die «Powerpoint-Rechtsetzung» an. So nennt er den Aufzählungsstil, den er gar nicht mag. Seine Redaktionslesungen waren immer sehr gut vorbereitet und äusserst effizient. Das Redaktionsteam in Bern darf sich also auf eine Zunahme wohlformulierter Voten und Vorstösse freuen. Lieber Hans-Ueli, wir wünschen dir viel Erfolg und alles Gute in Bern. (*Applaus.*)

Ratssekretär Roman Schmid verliest das Rücktrittsschreiben von Claudio Zanetti, Gossau: «Hiermit erkläre ich meinen Rücktritt aus dem Kantonsrat auf den Zeitpunkt der Regelung meiner Nachfolge.

In den vergangenen Jahren durfte ich in unserem Parlament viele wertvolle Erfahrungen machen und Menschen kennenlernen, die alle auf ihre Weise bestrebt sind, dem Kanton Zürich zu dienen. Ich hoffe, dass dies auch mir hin und wieder gelungen ist.

Nach meiner Wahl in den Nationalrat am 18. Oktober 2015 will ich den Weg für meinen Nachfolger zügig frei machen. Eile ist allein schon deshalb geboten, weil das anstehende Ringen um Kontostelle 4950 die volle Stimmkraft meiner Fraktion erforderlich macht.

Ich danke Ihnen, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, für die Gespräche und Auseinandersetzungen im Plenum, vor allem aber auch in den Kommissionen, in die Sie mich geschickt haben.

Mit freundlichen Grüßen, Claudio Zanetti.»

Ratspräsidentin Theresia Weber: WAK, GPK, KBIK, Spezialkommission ZKB (*Zürcher Kantonalbank*), ABG (*Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit*) und mehr als 60 Vorstösse als Erstunterzeichner – Claudio Zanetti ist im Jahre 2003 für Oskar Bachmann in den Rat nachgerückt und arbeitete in seinen zwölf Jahren im Kantonsrat intensiv an diversen politischen Fronten. Er wusste genau, welches der Instrumente von Postulat, Motion, PI oder Interpellation wann gefragt war. Ebenso geschickt wusste er mit den verschiedenen Rollen umzugehen: Nahm er als Kommissionsmitglied kein Blatt vor den Mund, gab er sich in der Rolle des Präsidenten als kompetenter und humorvoller Sitzungsleiter. Unter seinem GPK-Präsidium fanden auch die hartnäckigsten Aufsichtseingaben aus der Bevölkerung stets ein offenes Ohr.

Vielen von uns dürfte seine Leidenschaft als Politiker und Jurist sowie sein Blick fürs Ganze in Erinnerung bleiben, etwa in Form von Voten, die beim Sachgeschäft begannen und bisweilen in ein feuriges staatspolitisches Grundsatzplädoyer ausufernten. Der Simultanübersetzungsdienst des Nationalrates darf sich auf eine abwechslungsreiche Legislatur freuen – wenn es ihn denn überhaupt braucht, denn Claudio Zanetti ist in Französisch ebenso gewandt wie in Deutsch. Viel Erfolg auch dir in Bern! (*Applaus.*)

Ratssekretär Roman Schmid verliest das Rücktrittsschreiben von Bruno Walliser, Volketswil: «Das Zürcher Volk hat mich am 18. Oktober 2015 in den Nationalrat gewählt. Ich freue mich sehr über dieses Ver-

trauen und werde mich in Bern mit ganzer Kraft für die Schweiz und das Wohl des Standes Zürich einsetzen. Aus diesem Grund trete ich per Wahl meines Nachfolgers, spätestens am 23. November 2015, aus dem Kantonsrat zurück.

Ich habe während der letzten 16 Jahre als Kantonsrat vielerlei Erfahrungen sammeln können. Als Präsident der STGK durfte ich während vier Jahren eine ständige Kommission präsidieren. Als Vizepräsident der Parlamentarischen Untersuchungskommission (*PUK*) konnte ich meinen Beitrag zur Aufarbeitung des Korruptionsfalls bei der BVK (*Versicherungskasse für das Staatspersonal*) leisten. Der Höhepunkt meiner parlamentarischen Arbeit für den Stand Zürich war aber meine Wahl zum Kantonsratspräsidenten. Während dieser langen Zeit ist mir der Kanton Zürich noch mehr ans Herz gewachsen. Ich danke Ihnen für die vielen spannenden und bereichernden Begegnungen im Kantonsrat und wünsche dem Kanton Zürich viel Erfolg bei der Bewältigung der bevorstehenden Herausforderungen. Ein besonderer Dank gilt meiner Fraktion, welche mich immer unterstützt hat, und den Parlamentsdiensten unter der Leitung von Doktor Moritz von Wyss. Ein solches Milizamt ist nur möglich mit einer tatkräftigen und kompetenten Unterstützung durch die Parlamentsdienste.

Mit den besten Wünschen, Bruno Walliser.»

Ratspräsidentin Theresia Weber: Mit Bruno Walliser verabschieden wir einen langjährigen Kollegen, der unseren Rat in verschiedensten Funktionen mitgeprägt hat. 1999 wurde Bruno Walliser in den Kantonsrat gewählt und nahm Einsitz in der KJS. Daneben amtierte er als Gemeinderat in seiner Wohngemeinde Volketswil. 2002 wurde der Kaminfegermeister und Kantonsrat zum Gemeindepräsidenten und Finanzvorstand seiner Wohngemeinde gewählt, ein Amt das er bis heute mit viel Engagement und Freude bekleidet.

Seine Führungsstärke und seine Kompetenzen stellte er unter anderem 2003 bis 2007 als Präsident der STGK unter Beweis. Engagiert und überlegt wirkte er anschliessend auch in der Oberaufsicht mit: von 2007 bis 2010 als Vizepräsident der AWU (*Aufsichtskommission über die wirtschaftlichen Unternehmen*) und von 2010 bis 2012 als Vizepräsident der PUK BVK.

Gekrönt wurde sein intensiver und verdienstvoller Einsatz für unseren Kanton mit dem Präsidialjahr 2013/2014. Er beherrschte auch schwierigere Vorlagen und Anträge und die Traktandenliste wurde unter seiner Führung markant abgebaut. Das Grossprojekt «Richtplan» wurde dank ihm in einer intensiven Sessionswoche debattiert und genehmigt.

Unter Bruno Vizepräsidentin zu sein, war nicht nur schön, ich konnte auch sehr viel lernen von ihm.

Nach seinem Präsidialjahr war Bruno Walliser Mitglied der FIKO (*Finanzkommission*). Wir werden seine Voten, die stets sachlich, aber engagiert und mit viel Fachwissen vorgetragen wurden, in der kommenden Budgetdebatte sicher vermissen.

Auf die Frage des «Zürcher Oberländers», wer sein politischer Lieblingsgegner sei, antwortete er, Zitat: «Esther Guyer, die Fraktionspräsidentin der Grünen im Kantonsrat. Mit ihr kann man im Parlament richtig hart debattieren und im Anschluss trotzdem kameradschaftlich ein Bier trinken.» Und auf die Frage nach seinem politischen Vorbild, ebenfalls Zitat: «Alfred Escher. Er war ein politischer Visionär und wirtschaftlicher Pionier, dem unser Land sehr viel zu verdanken hat.»

Spätestens auf der GL-Reise (*Reise der Geschäftsleitung*) ins Berner Oberland wurde uns allen klar, wo Bruno Wallisers Reise früher oder später hinführen würde. Beim dritten Anlauf hat es geklappt und der Bezirk Uster hat endlich wieder einen SVP-Nationalrat. Wir danken dir herzlich für deinen Einsatz für unseren Kanton und sind sicher, dass du die Interessen der Gemeinden und der KMU in Bern ebenso engagiert vertreten wirst. Als Dank und als Erinnerung an dein Ratspräsidium darf ich dir, lieber Bruno, jetzt einen gerahmten Stich überreichen. (*Applaus. Die Ratspräsidentin überreicht Bruno Walliser den Stich.*)

Im Namen des Kantonsrates danke ich euch allen für eure engagierte Mitarbeit in unserem Parlament. Ihr bildet rund einen Viertel der neuen Zürcher Nationalrats-Delegation. Wir hoffen, dass ihr unsere Anliegen nach Bern mitnehmt und wünschen euch als Nationalrätinnen und Nationalräte viel Erfolg sowie privat und beruflich alles Gute.

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse

- **Kostendeckungsgrad der Linien im Zürcher Verkehrsverbund**
Dringliche Anfrage *Ruedi Lais (SP, Wallisellen)*
- **Öffentliche Bekanntgabe der Identität von Bundesrat Ueli Maurers Sohn als Selbstunfallverursacher, bestätigt durch die Polizei**
Anfrage *Elisabeth Pflugshaupt (SVP, Gossau)*
- **Manipulation von Schülern, Jugendlichen und Studenten**
Anfrage *Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht)*
- **Wie weiter in der Sterbehilfe?**
Anfrage *Renate Büchi (SP, Richterswil)*

1558

- **Verkehrskollaps verhindern – Koordination der Limmattaler Verkehrsprojekte**
Anfrage Josef Wiederkehr (CVP, Dietikon)

Schluss der Sitzung: 12.10 Uhr


Zürich, den 23. November 2015

Die Protokollführerin:
Heidi Baumann

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 30. November 2015.

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Fristerstreckung für die Berichterstattung und Antragstellung zur Motion KR-Nr. 217/2012 betreffend Sozialversicherungsbeiträge auf Sitzungsgelder	
Geschäfts#:	KR-Nr. 217a/2012	
Stimm-Datum:	2015.11.23 - 08:21:06	
JA:	160	
NEIN:	0	
Enthalten:	1	
Nicht Präsent:	19	
Total Stimmen:	161	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	--
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
010	Barrile	Angelo	SP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	--
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	--
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	JA


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
180	Dalcher	Pierre	SVP	--
043	Daurù	Andreas	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
130	Farner	Martin	FDP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	JA
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	--
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	--
053	Gutmann	Eva	GLP	--
021	Guyer	Esther	Grüne	--
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	--
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	JA
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	--
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
081	Keller	Cornelia	BDP	--
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	--
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	JA
029	Meyer	Mattea	SP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	ENTHALTEN
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	--
044	Sarbach	Martin	SP	JA
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	--
004	Schmid	Roman	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	--
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
136	Steinemann	Barbara	SVP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
125	Truninger	René	SVP	JA
112	Tuena	Mauro	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	--
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	JA
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	JA
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
179	Walliser	Bruno	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	JA
135	Zanetti	Claudio	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	--
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Bewilligung von Beiträgen an die Stiftung Greater Zurich Area Standortmarketing für 2016 bis 2019	
Geschäfts#:	5182a	
Stimm-Datum:	2015.11.23 - 11:31:21	
JA:	108	
NEIN:	34	
Enthalten:	28	
Nicht Präsent:	10	
Total Stimmen:	170	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
010	Barrile	Angelo	SP	NEIN
057	Bartal	Isabel	SP	--
086	Bellaiche	Judith	GLP	ENTHALTEN
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	--
049	Bloch	Beat	CSP	ENTHALTEN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	ENTHALTEN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	ENTHALTEN


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
180	Dalcher	Pierre	SVP	--
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	ENTHALTEN
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
130	Farner	Martin	FDP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	ENTHALTEN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	--
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	--
021	Guyer	Esther	Grüne	ENTHALTEN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	--
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	ENTHALTEN
065	Heierli	Daniel	Grüne	ENTHALTEN
072	Hodel	Daniel	GLP	ENTHALTEN
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	ENTHALTEN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	ENTHALTEN
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	ENTHALTEN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	JA
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
137	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	ENTHALTEN
022	Margreiter	Ralf	Grüne	ENTHALTEN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	JA
029	Meyer	Mattea	SP	NEIN
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	ENTHALTEN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	ENTHALTEN
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	ENTHALTEN
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	ENTHALTEN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	ENTHALTEN
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	ENTHALTEN
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	NEIN
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	--
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	NEIN
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
136	Steinemann	Barbara	SVP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	ENTHALTEN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	ENTHALTEN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
125	Truninger	René	SVP	JA
112	Tuena	Mauro	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	JA
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	ENTHALTEN
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
179	Walliser	Bruno	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	--
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	ENTHALTEN
073	Wirth	Thomas	GLP	ENTHALTEN
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	JA
135	Zanetti	Claudio	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	ENTHALTEN
054	Ziegler	Christoph	GLP	ENTHALTEN
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	--	
Geschäfts#:	nicht vorbereitet	
Stimm-Datum:	2015.11.23 - 11:32:49	
JA:	114	
NEIN:	53	
Enthalten:	3	
Nicht Präsent:	10	
Total Stimmen:	170	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	JA
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
010	Barrile	Angelo	SP	NEIN
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	NEIN
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	--
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	JA
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	NEIN

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	JA
180	Dalcher	Pierre	SVP	--
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	JA
071	Erdin	Andreas	GLP	NEIN
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
130	Farner	Martin	FDP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	NEIN
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	--
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	--
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	--
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	NEIN
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
144	Hofmann	Olivier	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	JA
038	Hugentobler	Hanspeter	EVP	JA
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
081	Keller	Cornelia	BDP	JA
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	--
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	--
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	NEIN
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	JA
029	Meyer	Mattea	SP	NEIN
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	NEIN
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	NEIN
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
145	Schucan	Christian	FDP	JA
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	--
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	JA
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
136	Steinemann	Barbara	SVP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	ENTHALTEN
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
125	Truninger	René	SVP	JA
112	Tuena	Mauro	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	JA
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	NEIN
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
179	Walliser	Bruno	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	JA
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	NEIN
073	Wirth	Thomas	GLP	NEIN
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	JA
135	Zanetti	Claudio	SVP	ENTHALTEN
056	Zeugin	Michael	GLP	ENTHALTEN
054	Ziegler	Christoph	GLP	NEIN
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	JA
--				
--				
--				
--				